

FRIEDENS JOURNAL



Angriffskriege von USA und Israel mit weltweiten Konsequenzen



- Deutschland: Wirtschaftlicher Abstieg und militärischer Aufstieg?
- Gemeinsame Interessen und gegenseitige Abhängigkeit von Israel und USA
- Kriegsführung in Westasien: In göttlicher Mission
- Forderungen zur Beendigung des US-Krieges gegen den Iran
- Berichte über Israels Kriegsführung gegen Libanon und Palästina
- Deutsche und EU-Aufrüstung: FCAS, Mittelstreckenwaffen
- Gegenkonversion: Kasernen statt Wohnungen



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Mai - Juni 2026 / Nr. 3

Editorial

Inhalt

Deutschland: Wirtschaftlicher Abstieg und militärischer Aufstieg?	3
Gemeinsame Interessen und gegenseitige Abhängigkeit von Israel und USA	5
Kriegsführung in Westasien: In göttlicher Mission	6
Forderungen zur Beendigung des US-Krieges gegen den Iran	9
Iran: Der Feind, den sich der Westen selbst geschaffen hat	10
Libanon: Israel bombt noch immer ...	12
Gaza und Westjordanland: Terror gegen die Bevölkerung geht weiter	14
FCAS – Scheitern ohne Ende / Europäische Mittelstreckenwaffen	16
Kasernen statt Wohnungen	18
Aufruf Wiesbaden und Grafenwöhr / Stellungnahme zum Stationierungsstopp	19
Kulturportal für die Friedensbewegung	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>. Die Karikaturen in dieser Ausgabe stammen von Felix Winter.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4.5.26

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,
Werner Ruf, Felix Winter, Ewald Ziegler,
Karl-Heinz Peil (V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233d

Liebe Leserinnen und Leser,

die Dimension der durch kriegerische Konflikte verursachten humanitären Katastrophen hat in jüngster Zeit dramatisch zugenommen. Leider können wir nicht alle Themen behandeln bzw. nur sehr verkürzt. Die Konstellationen der Konfliktparteien werden dabei auch zunehmend unübersichtlicher. Wir können uns im Friedensjournal daher nur darauf beschränken, gezielte Hintergrundinformationen und Analysen zu liefern, von denen wir annehmen, dass sie für friedenspolitische Aktivitäten besonders relevant sind. Dadurch gerät u. a. die größte humanitäre Katastrophe überhaupt, der durch externe Faktoren befeuerte Bürgerkrieg im Sudan, ins Hintertreffen.

Doch selbst die von der Friedensbewegung seit Ende 2023 benannte humanitäre Katastrophe im Gazastreifen droht in den Medien zu verschwinden. Noch weniger thematisiert werden die Kriegsverbrechen, die durch die israelische Besatzungs- und Expansionspolitik im Libanon sowie durch den Siedler-Terror im Westjordanland begangen werden. Wir haben dazu entsprechende (Kurz-)Berichte aufgenommen.

Aktuell konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf den Fortgang des Konflikts zwischen den USA und dem Iran – mit einem äußerst fragilen Waffenstillstand zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe.

Als Hintergrundinformation haben wir einen Beitrag von Jeffrey Sachs aufgenommen, der den religiösen Fanatismus in den USA und Israel beleuchtet und sich nicht nur auf die Personen Trump und Netanjahu beschränkt.

In zwei weiteren Beiträgen stellen wir Gegenpositionen zur gängigen Sichtweise auf den Iran dar, wohl wissend, dass dies ein umstrittenes Thema ist. Der unprovokierte Angriffskrieg gegen den Iran durch die USA war jedoch nur möglich in Unkenntnis der gesellschaftlichen und politischen Situation im Iran und darauf beruhenden Fehleinschätzungen.

Ebenfalls von völligen Fehleinschätzungen geprägt sind die Reaktionen in der Bundesregierung bezüglich der Konsequenzen des Krieges in Westasien für Deutschland.

Ein grundlegendes Problem besteht sicherlich darin, dass die politische Klasse die Dimension der auf uns zukommenden Probleme überhaupt nicht erfasst hat. Das Starren auf die Benzinpreise an den Tankstellen, wie von Felix Winter auf unserer Titelseite karikiert, verdeckt die sich abzeichnenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die mit einer Verzögerung von einigen Monaten auf uns zukommen werden. Dabei geht es um Verknappungen von Energie, Rohstoffen, Industrieprodukten und Nahrungsmitteln, die sich vor allem aus der Sperrung der Straße von Hormus ergeben werden.

Für uns als Friedensbewegung gibt es zwei große Themenblöcke:

Erstens die eskalierende deutsche Militarisierung. Die absehbar nicht erfolgreiche Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ist für uns natürlich erfreulich. Dieses wird jedoch von Forderungen deutscher Kriegstreiber nach „eigenen“ Waffen dieser Art begleitet. Die für den 30. Mai in Wiesbaden und Grafenwöhr geplanten Demonstrationen bleiben deshalb aktuell und notwendig, wengleich sich die Gewichtung auf die deutsche Aufrüstung verschiebt.

Zweitens die sinnlose Verschwendung von Rüstungsgeldern bei gleichzeitigem Sozialabbau. Nur ein Beispiel dafür ist das Endlos-Gezerre um das Rüstungsprojekt FCAS, das wir in diesem Heft vorstellen.

Bei allen richtigen Forderungen zur Rettung der sozialen Standards und der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland wird von Gewerkschaften und Sozialverbänden der direkte Zusammenhang zu Militarisierung und Aufrüstung immer noch ausgeblendet. Dass es dabei nicht bleibt, wird eine Schwerpunktaufgabe der nächsten Monate sein, zumal sich der DGB auf massive Proteste gegen den Sozialabbau im Sommer vorbereitet.

Die zurückliegenden Ostermärsche haben auch gezeigt, dass die Jugend mit Aktionen wie dem *Schulstreik gegen die Wehrpflicht* mittlerweile als Teil einer neuen Generation der Friedensbewegung präsent ist.

Karl-Heinz Peil

Deutschland: Wirtschaftlicher Abstieg und militärischer Aufstieg?

von Peter Wahl

Der nachfolgende Text ist ein Auszug aus der Ostermarschrede von Peter Wahl am 4.4.26 in Heidelberg.

Die USA haben verstanden, dass das Internationale System dabei ist, sich in eine multipolare Ordnung zu transformieren. Der Aufstieg Chinas, die Renaissance Russlands als Großmacht, das wachsende Gewicht Indiens und insgesamt des globalen Südens, all das ist ein unaufhaltsamer, objektiver Prozess. Wenn der schon nicht rückgängig gemacht werden kann, dann will man in dem neuen System wenigstens die Number One sein.

So was ähnliches gab es schon im 19. Jahrhundert, als sich nach der Ära Napoleons die sog. europäische Pentarchie bildete, also fünf Großmächte aus England, Frankreich, dem zaristischen Russland, Österreich-Ungarn und Preußen, bzw. ab 1871 Deutschland. Auch damals spielte England eine hervorgehobene Rolle, indem es mit wechselnden Allianzen die einen gegen die anderen ausspielte, und so eine führende Position einnehmen konnte.

1914 endete das im Ersten Weltkrieg. Vor allem der Aufstieg des wilhelminischen Deutschlands und dessen Anspruch auf einen „Platz an der Sonne“ hatten das System destabilisiert. Die zentrale Lehre daraus ist: damit nicht hemmungslose Konkurrenz zwischen den Großmächten zu Wettrüsten, Konfrontation und irgendwann zu Krieg führen, muss das multipolare System nach den Regeln der UN-Charta gestaltet werden.

Das gilt heute umso mehr, als mit den Atomwaffen eine existentielle Bedrohung über die ganze Menschheit kam. Selbst ein atomarer Schlagabtausch zwischen „kleineren“ Nuklearmächten wie Pakistan und Indien würde nicht nur direkt Millionen Opfer fordern, sondern auch einen nuklearen Winter hervorrufen, der den gesamten Planeten in den Abgrund reißt. Das ist jetzt keine abseitige Angstmake. Ich erinnere daran, dass es im Mai letzten Jahres einen einwöchigen Luftkrieg zwischen den beiden Ländern gab.

Leider ist dieses Wissen bei unseren eskalationsgeilen Politikern verloren gegangen. Sie wollen der atomaren Großmacht Russland immer noch eine strate-

gische Niederlage zufügen. Ein klassischer Fall von dünkelfhafter Selbstüberschätzung, wie er schon oft in der Geschichte in den Abgrund geführt hat.

Natürlich war der russische Einmarsch in die Ukraine eine gravierende Verletzung des Völkerrechts. Und das wird auch nicht dadurch relativiert, dass die Ukraine 2003 selbst als Teil der Koalition der Kriegswilligen beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak mitgemacht hat. Dabei hat die Erosion des Völkerrechts sogar schon davor eingesetzt, z.B. 1999 im Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Und die Bundeswehr war feste mit dabei. Man muss das leider immer wieder sagen, weil unsere regierungsamtlichen Geschichtsfälscher ihre „Zeitenwende“ erst auf den Februar 2022 ansetzen.

2022 hat in der UNO eine Mehrheit den russischen Einmarsch verurteilt. In der gleichen Resolution der Vollversammlung werden die Parteien aber auch zu sofortigen Verhandlungen zur politischen Beilegung des Konflikts aufgefordert. Auch das entspricht der UN-Charta. Die Verhandlungen fanden auch tatsächlich in Istanbul statt und standen kurz vor einem Kompromiss. Aber dann ermutigte der britische Ex-Premier Johnson mit Mandat der Biden-Administration Selenskyi den Krieg fortzusetzen.

Dahinter stand die Fehleinschätzung, dass Russland militärisch besiegt werden könnte. Von da an änderte der Krieg seinen Charakter. Er wurde zu einem Weltordnungskrieg zwischen dem Westen und Russland.

Inzwischen hat der Kurswechsel der USA aber zu einer Spaltung des Westens geführt. Trump ist der Krieg zu teuer und lenkt vom Haupttrivalen China ab. Deshalb will er ihn per Verhandlungen beenden.

Zudem ist die Ukraine inzwischen militärisch hoffnungslos in der Defensive. Die Soldaten gehen ihr aus und das Land ist erschöpft. Auch der Irankrieg verschlechtert die Lage zu Ungunsten Kiews. Umfragen zufolge sind über 60% der ukrainischen Bevölkerung bereit, die Bedingungen Washingtons und Moskaus zu akzeptieren,

einschließlich der Abtretung der Reste des Donbass, die noch unter Kontrolle Kiews stehen.

Aber rechtsextreme ukrainische Ultrationalisten sowie Brüssel und die europäischen NATO-Mitglieder haben eine Querfront gebildet, um die Beendigung des Krieges zu blockieren. Mit weiteren Sanktionen, Waffenlieferungen und provokativen Beschlagnahmungen von Tankern der sog. Schattenflotte wird eskaliert. Die Bundesrepublik ist zum größten Unterstützer Kiews avanciert, und unsere großen Medien führen sich auf, als ob sie die Heimatfront der ukrainischen Armee wären. Es wird darauf spekuliert, dass Trump vielleicht doch noch seine Meinung ändert, oder bei den Midterm-Wahlen im November zur sprichwörtlichen lahmen Ente wird. Deshalb soll der Krieg weitergehen – wenn es sein muss, bis zum letzten Ukrainer.

Diese zynische Strategie zeigt auch, dass die EU und ihre Mitgliedsländer keineswegs arme, bedauernswerte Opfer von Trump, Xi und Putin sind. Vielmehr sind sie selbst Täter, die Wettrüsten, Unsicherheit und Chaos in der Welt anheizen. Während beim Ukrainekrieg alle Register der psychologischen Kriegsführung und der Dämonisierung Russlands gezogen werden, und das Ganze mit Waffenlieferungen, Finanzhilfen und einem historisch einmaligen Wirtschaftskrieg materiell unterfüttert wird, ringt man sich beim Irankrieg oder den massiven Verletzungen von Völkerrecht und Menschenrechten durch Israel höchstens zu einem schmallippigen Bedauern durch. Das ist bodenlose Doppelmoral.

Warum tun die das alles?

Sicher gibt es mehrere Gründe. Da gibt es z.B. den wachsenden Einfluss einer altbekannten Strömung fanatischer Russenhasser vom Schlage der EU-Außenbeauftragten Kallas oder des deutschen Außenministers Wade-Phul, der meint, Russland werde „immer unser Feind bleiben“.

Der wichtigste Faktor aber ist, dass die EU auch schon ohne die internationalen Turbulenzen wirtschaftlich tief in der Bredouille steckt. Wie der Re-

Lebensmittel-Laden

Wir stellen unser Angebot auf kriegstüchtig um!



port des ehemaligen EZB-Chefs, Mario Draghi treffend feststellt, steht die EU vor einer „*existentiellen Herausforderung*“, die einen „*radikalen Wandel*“ erfordert, andernfalls würde sie „*ihre Existenzberechtigung verlieren*“. Die EU ist ökonomisch und technologisch abgehängt und nur noch zweite Liga im globalen Kapitalismus. Das ist keine konjunkturelle Krise, wie es sie immer mal wieder gibt, sondern eine tiefgehende Strukturkrise.

Wenn die nicht gemeistert wird, droht ein wirtschaftlicher Abstieg von historischer Tragweite. Und da ist es natürlich naheliegend, dass man auf das uralte Rezept zurückgreift, einen äußeren Feind an die Wand zu malen, um nach innen die Zumutungen durchsetzen zu können, mit denen man aus der Krise herauszukommen hofft. Aggressivität nach außen als Kitt, um den Laden zusammenzuhalten.

Damit einher geht auch der Konformitätsdruck innerhalb der Wagenburg. Zum neoliberalen Autoritarismus der letzten Jahrzehnte kommt jetzt die Aushöhlung demokratischer Rechte. Und für besonders unliebsame Kritiker wie z.B. dem Berliner Journalisten Dogru, gibt es Sanktionen die selbst den fundamentalsten Rechtsstaatsprinzipien Hohn sprechen.

Deutschland ist ganz besonders von

der Strukturkrise betroffen. Der Automobil- und Maschinenbau oder die Chemie, waren Spizentechnologien des 20. Jahrhunderts. Deren Innovationspotential ist weitgehend ausgeschöpft.

Die Abkoppelung vom russischen Erdgas und die Rückschlagswirkung der Sanktionen haben die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich geschwächt. Jetzt kommen noch Trumps Zölle

und die Belastungen aus dem Irankrieg dazu.

Und wie reagiert die Bundesregierung auf das Problemknäuel? Wir sollen wieder mal die stärkste konventionelle Armee in Europa bekommen. Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und selbst Kindergärten sollen mit sog. Zivilschutzmaßnahmen kriegstüchtig gemacht werden. Man versucht den Bürgern auch mental wieder Militarismus einzutrichtern.

Gleichzeitig hängen die staatsstragenden Kräfte der Illusion an, der Aufbau der Rüstungsindustrie - der berüchtigte Kriegskeynesianismus - könnte den wirtschaftlichen Niedergang kompensieren. Aber wenn ein Panzer einmal ausgeliefert ist, ist er totes Kapital. Ein Traktor oder eine Windkraftanlage erzeugen dagegen viele Jahre Wertschöpfung. Zivile Investitionen haben einen drei bis vier Mal größeren Wohlfahrtseffekt als Rüstungsausgaben.

Tatsächlich ist der neudeutsche Militarismus ein zivilisatorischer Rückfall.

Unsere Alternativen

Damit die multipolare Welt nicht in Chaos endet, ist und bleibt der Respekt für Völkerrecht und UN-Charta der einzig akzeptable Weg für wirkli-

che Sicherheit. Wir treten deshalb ein für die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht der Stärkeren.

Wir verteidigen das fundamentale Völkerrechtsprinzip der ungeteilten Sicherheit, d.h. dass keine Seite ihre Sicherheit zu Lasten der anderen Seite erhöhen darf.

Konflikte müssen politisch gelöst werden, durch Diplomatie, Verhandlungen und Kompromisse.

Entspannung, Kooperation und friedliche Koexistenz sind möglich und im Atomzeitalter bitter nötig. Auch die Risiken neuer Technologien, wie KI und deren militärischer Anwendung müssen auf dem Verhandlungsweg entschärft werden.

Die uralte Parole ‚Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor!‘ ist nur scheinbar plausibel. Ihr grundlegender Irrtum besteht darin, dass die andere Seite genauso denkt. Heraus kommt dann Wettrüsten und zunehmende Spannungen - bis es dann irgendwann kracht. Deshalb gilt: Wenn du Frieden willst, bereite den Frieden vor!

Dazu gehört auch, mit dämonisierenden Feindbildern Schluss zu machen. Ohne die Beschwörung der Gefahr aus dem Osten fällt die bellizistische Politik wie ein Kartenhaus zusammen. Eine nüchterne Analyse der Kräfteverhältnisse und der russischen Interessen zeigt, dass die Bedrohungsbehauptung substanzlos ist. Sie dient nur als propagandistisches Feigenblatt zur Rechtfertigung der eigenen Aufrüstung.

Als kurzfristige Prioritäten setzen wir uns ein für:

- > die sofortige Beendigung des Irankrieges,
- > den Stopp der israelischen Angriffe auf die Palästinenser und den Libanon,
- > die Beendigung der Eskalation gegenüber Russland und Schluss der Blockade eines Kompromissfriedens,
- > den Stopp der Pläne zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Und wir sagen Nein zur Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Und wir sagen Nein zum Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Sozialstaats, nein zur Devise ‚Kanonen statt Butter!‘

Gemeinsame Interessen und gegenseitige Abhängigkeit von Israel und USA

von Mohssen Massarrat (Buchauszug aus: *Anatomie der US-Hegemonie. Vom amerikanischen Zeitalter zur multipolaren Welt* – erschienen im Promedia-Verlag, Wien – Redaktionsschluss Feb. 2026)

Israel und die USA verbindet ein dezidiert gemeinsames Interesse am Mittleren Osten. Niemand anders als **Hannah Arendt** hat das perspektivische Dilemma eines Judenstaates im Mittleren Osten durch die totale Abhängigkeit von den USA so prägnant beschrieben. Schon 1944 war sie der Meinung »dass die Juden selbst im Falle einer vollständigen Vertreibung der Palästinenser, wie es die Revisionisten verlangten, nur zwei Möglichkeiten hätten. Sich entweder mit den arabischen Nachbarn ins Benehmen zu setzen – oder aber dauerhaft auf die Unterstützung ›einer äußeren Macht‹ angewiesen zu sein.

›Wenn die Zionisten weiterhin die mediterranen Völker ignorieren und sich auf äußere, weit entfernte Mächte verlassen, wird das zu einer neuen Welle des Judenhasses führen.‹ Eine Nation, die im Geiste Theodor Herzls in erster Linie ›durch einen äußeren Feind‹ zusammengehalten werde, folge einer ›absurden Doktrin. Sollte es einen jüdischen Staat geben, dann infolge ›des politischen Einflusses amerikanischer Juden.‹ Mit der Folge, dass dieser Staat ›für lange Zeit‹ auf die Unterstützung der USA angewiesen bliebe und riskiere, in der Region als ›Lobbyist der Mächtigen‹ als ›Agent ausländischer Interessen‹ wahrgenommen zu werden.«

Es ist in der Tat genauso gekommen, wie Hannah Arendt 1944, vier Jahre vor Israels Staatsgründung, beinahe »prophetisch«, so Michael Lüders, vorausgesagt hatte. Die USA erkannten nach ihrem faktischen Aufstieg zur Hegemonialmacht ab 1950 allmählich, wie wertvoll ein jüdischer Staat mit einer expansionistischen Ideologie mitten in der arabisch-islamischen Welt und der ölrreichen Region sein würde.

Zusammengefasst verfolgten die USA im Mittleren Osten mehrere strategische Ziele: **erstens** die Entstehung einer feinmaschigen antiamerikanischen Allianz der ölrreichen Staaten im Mittleren Osten zu verhindern, **zweitens** die Kontrolle der globalen Ölversorgung langfristig zu festigen, **drittens** sicherzustellen, dass der globale Ölhandel in Dollar abgewickelt wird, und schließlich **viertens** einen finanzkräftigen Markt für die Rüstungsexporte der US-Rüstungsindustrie und Rückführung eines Teils der

Petro-Dollars in die US-Ökonomie zu generieren, der möglichst lange anhält.

Israel als Besatzungsmacht und regionaler Hegemonialstaat ist aufgrund der Analyse der historischen Ereignisse existenziell darauf angewiesen, **erstens** in der gesamten Region eine militärische Hegemonialmacht zu sein, was die nukleare Aufrüstung und die schlagkräftigen Luftwaffenkapazitäten des Landes erklärt, **zweitens** die territoriale Expansion des Staatsgebietes anzustreben, wie Israel es mit der Besetzung des Westjordanlandes und Ost-Jerusalems sowie der Besetzung der Golanhöhen, wie oben erwähnt, im Zuge des Sechstagekrieges im Juni 1967 unter Beweis gestellt hat, **drittens** den Besatzungsstatus nie aus der Hand zu geben und einen Frieden mit den Palästinensern und der arabischen Welt, beispielsweise in Gestalt der Duldung eines unabhängigen Staates Palästina, dauerhaft auszuschließen und schließlich **viertens** mittels ständiger Provokationen alte Feindschaften zu festigen und neue zu schaffen.

Die Ereignisse im Israel-Palästina-Konflikt seit der Gründung des Staates Israel 1948 bis zum 7. Oktober 2023, einschließlich des darauffolgenden Gaza-Krieges, lassen sich bei einer unvoreingenommenen Betrachtung anhand der obengenannten und aus der israelischen Sicht existenziellen Ziele erklärbar machen.

Hinter dieser über 70-jährigen Besatzung und hegemonialpolitischen Geschichte Israels verbirgt sich ein Politikmuster, das auch das Handeln der USA in ihrer Hegemonialgeschichte bestimmt. Freilich lassen sich die Ereignisse aus der Perspektive beider Staaten, der USA und Israels, auch anders erklären.

Ganz in diesem Sinne und eines medial weit verbreiteten Narrativs hätte der jüngste Gaza-Krieg überhaupt erst mit dem Terror von Hamas am 7. Oktober 2023 begonnen, weil die Hamas durch Terror die Vernichtung Israels anstrebe. Israel hätte Gaza den Palästinensern zurückgegeben, statt Dank-

barkeit hätten sie unter Gaza ein Tunnelsystem aufgebaut, um gegen Israel Terroraktionen vorzubereiten. Überdies wollten Palästinenser und ihre Organisationen ohnehin keinen Frieden und bedrohten durch Terroraktionen permanent die Sicherheit des israelischen Staates usw.

In dieser Erzählung kommt allerdings der einfache und empirisch schwer zu leugnende Sachverhalt überhaupt nicht vor, dass Israel eine Besatzungsmacht ist und dass es das palästinensische Volk aus seiner Heimat vertrieben hat und weiter vertreibt.

Frappierende Ähnlichkeiten der Staatswerdung und strategische Handlungs- und Politikmuster beider Staaten, der USA und Israels, als globale bzw. regionale Hegemonialmächte, können nach obiger Analyse die Einzigartigkeit ihrer Allianz begründen, die Israel zum hegemonialen Vorposten der USA im Mittleren Osten macht und die die USA demgegenüber verpflichtet, Israel mit allen seinen expansionistischen Ambitionen bedingungslos und mit Hunderten von Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe zu unterstützen.

Es besteht zwischen beiden Staaten eine gegenseitige Abhängigkeit und Machtbeziehung: Die Macht der USA gegenüber Israel besteht darin, die Existenz des Landes zu garantieren. Und die Macht Israels im Verhältnis zu den USA besteht darin, ganz im Sinne der oben aufgezählten US-Hegemonialinteressen im Mittleren Osten zu wirken.

Israel ist jedenfalls der mit Abstand zuverlässigste Verbündete der USA im Mittleren Osten, vielleicht sogar überhaupt. So viel steht allerdings auch fest: Ohne den Kapitalfluss von den USA nach Israel und ohne die konkrete militärische Unterstützung hätte Israel längst seine Besatzungsmacht aufgeben, sich mit dem palästinensischen Volk und der arabisch-islamischen Welt in der geopolitischen Umgebung auf ein friedliches Miteinander einlassen müssen, oder aber seine Existenz aufs Spiel gesetzt.

Kriegsführung in Westasien: In göttlicher Mission

von Jeffrey Sachs

Der Beitrag erschien im Original bei Commons Dreams und in der deutschen Fassung im Overton-Magazin am 8.4.26 unter dem Titel: „Trump und Netanjahu: Zwei Verrückte, die Gott spielen“ und ist nachfolgend leicht gekürzt.



Bildquelle: White House / TruthSocial

Wenn geistesgestörte Führer göttliche Katastrophen als politisches Instrument heranziehen, sind nicht nur ihre Feinde davon betroffen. Wenn man sie nicht aufhält, werden wir alle Opfer dieser beiden Psychopathen sein.

Dies war Donald Trumps Osterbotschaft an die Welt:

Am Dienstag wird es im Iran den „Kraftwerks-Tag“ und den „Brücken-Tag“ geben – alles in einem. So etwas hat es noch nie gegeben!!! Öffnet die verdammte Meerenge, ihr verrückten Bastarde, oder ihr werdet in der Hölle leben – WARTET ES AB! Gelobt sei Allah. Präsident DONALD J. TRUMP

Donald Trump und sein Komplize bei Kriegsverbrechen, Benjamin Netanjahu, führen gemeinsam einen mörderischen Angriffskrieg gegen den Iran, eine Nation mit 90 Millionen Einwohnern. Sie sind im Griff von drei sich gegenseitig verstärkenden Pathologien.

Die erste ist die Persönlichkeit: Beide sind bössartige Narzissten.

Die zweite ist die Arroganz der Macht: Männer, die die Macht besitzen, nukleare Vernichtung zu befehlen, und infolgedessen keinerlei Zurückhaltung empfinden.

Die dritte und gefährlichste von allen ist religiöser Wahn: zwei Männer, die glauben – und denen dies täglich von ihrem Umfeld eingetrichtert wird –, dass sie Messiasse sind, die Gottes Werk vollbringen. Jede dieser Pathologien verschärft die anderen, sodass sie gemeinsam die Welt in eine beispiellose Gefahr stürzen.

Das Ergebnis ist eine Verherrlichung der Gewalt, wie man sie seit den Nazi-Führern nicht mehr gesehen hat. Die Frage ist, ob die wenigen „Erwachsenen“ dieser Welt – verantwortungsbewusste Staats- und Regierungschefs, die sich weiterhin dem Völkerrecht verpflichtet fühlen und bereit sind, dies auch zu bekennen – sie in Schach halten können. Es wird nicht einfach sein, aber sie müssen es versuchen.

Beginnen wir mit der zugrunde liegenden psychischen Störung. Maligner Narzissmus ist ein klinischer Begriff, keine Beleidigung. Der Sozialpsychologe Erich Fromm prägte den Begriff 1964, um Adolf Hitler zu beschreiben, als eine Verschmelzung von pathologischer Grandiosität, Psychopathie, Paranoia und antisozialer Persönlichkeit zu einer einzigen Charakterstruktur. Der bössartige Narzisst ist nicht bloß eitel. Er ist strukturell unfähig zu echter Empathie, von Natur aus immun gegen Schuldgefühle und getrieben von der paranoiden Überzeugung, dass Feinde ihn umgeben und vernichtet werden müssen.

Mehrere angesehene Psychologen und Psychiater haben Trump anhand der standardisierten Hare-Skala auf Psychopathie untersucht und Werte ermittelt, die deutlich über dem diagnostischen Grenzwert liegen. Psychopathie lässt sich am besten als Mangel an Gewissen oder Mitgefühl für andere Menschen charakterisieren.

Sowohl Trump als auch Netanjahu entsprechen diesem Profil auf den Punkt genau. Trumps Psychopathie zeigte sich in vollem Umfang, als US-Streitkräfte eine zivile Brücke in Teheran zerstörten, die keinerlei militärische Bedeutung hatte, wobei mindestens acht Zivilisten getötet und 95 oder mehr verletzt wurden. Trump zeigte keine Trauer. Er triumphierte und versprach weitere Zerstörung.

Paranoia treibt die Bedrohung an, die Trump und Netanjahu konstruiert haben. Trumps eigene Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes, Tulsı Gabbard, erklärte schriftlich, dass das iranische Atomprogramm „ausgelöscht“ worden sei und dass die Geheimdienste „weiterhin zu der Einschätzung gelangen, dass der Iran keine Atomwaffe baut“.

Die IAEO erklärte rundheraus, es gebe keine Beweise für eine Bombe. Trumps eigener Anti-Terror-Beauftragter trat aus Protest zurück und schrieb: „Wir haben diesen Krieg aufgrund des Drucks Israels und seiner mächtigen amerikanischen Lobby begonnen.“ Der Paranoide braucht keine echte Bedrohung. Er wird sich eine ausdenken, wenn es sein muss, um seinen Gefühlen übertriebener Angst gerecht zu werden.

Es gibt eine besondere Verzerrung, die Macht bestimmten Persönlichkeiten zufügt, und sie ist besonders ausgeprägt, wenn die betreffende Macht grenzenlos ist oder so zu sein scheint. Mit der Kontrolle über Atomwaffenarsenale erleben Trump und Netanjahu die Welt nicht so wie andere.

Die Verfügbarkeit von Atomwaffen ist für diese bössartigen Narzissten keine Last der Verantwortung, sondern eine Erweiterung ihres grandiosen Selbst: Ich kann alles tun. Ich kann alles dem Erdboden gleichmachen. Seht mir zu. Es wird keine Selbstbeschränkung seitens Netanjahu und Trump hinsichtlich dieser wahnhaften Grandiosität geben.

Trump hat dieses Gefühl der Straffreiheit vollständig verinnerlicht. Am 1. April stand er vor den Kameras und versprach, den Iran „zurück in die Steinzeit zu bombardieren, wo sie hingehören“. Der Ausdruck „wo sie hingehören“.

hören“ ist das Urteil eines Mannes, der sich von Gott ermächtigt fühlt, über den Wert von 90 Millionen Menschen zu urteilen, und sie ohne zu zögern entmenschlicht. Er hat wiederholt damit gedroht, die zivile Strominfrastruktur des Iran zu zerstören – ein Kriegsverbrechen nach dem Kriegsvölkerrecht, offen als Verhandlungsposition verkündet vor einem weltweiten Publikum, das größtenteils den Kanal gewechselt hat.

Netanjahu befiehlt einen Staat mit schätzungsweise 200 Atomsprengköpfen, hat den Nichtverbreitungsvertrag nie unterzeichnet und unterliegt keinem internationalen Inspektionsregime. Er hat beobachtet, wie Trump die amerikanische Militärmacht mit ungebremsster Aggression einsetzt, und ist sich sicher, dass dies keine Konsequenzen hat.

Der zweite Wahnsinn nährt den dritten: Wenn Macht keine Grenzen kennt, ist das Gewissen die einzige verbleibende innere Kontrollinstanz. Und der Psychopath hat kein Gewissen.

Das Fehlen eines Gewissens ist die gefährlichste Pathologie der drei, denn sie ist es, die die letzte mögliche innere Bremse beseitigt. Der Stratege, der einen ungerechten Krieg führt, könnte schließlich zu dem Schluss kommen, dass die Kosten den Nutzen übersteigen, und aufhören. Der bösertige Narzisst, der aus Ego-Gründen Krieg führt, könnte schließlich die Forderungen seines Egos erschöpfen und aufhören. Der Psychopath eskaliert, weil es keine Grenzen gibt.

Und, man glaubt es kaum, es kommt noch schlimmer. Sowohl Trump als auch Netanjahu sind Möchtegern-Messiasse. Sie sind selbsternannte Gesandte Gottes. Für sie würde ein Ende des Krieges gegen den Iran bedeuten, dass Gott Unrecht hatte. Und der selbsternannte Messias kann sich ebenfalls nicht irren, denn in ihrer grandiosen Psyche sind der Messias und Gott praktisch eins geworden.

Sowohl Trump als auch Netanjahu haben diese messianische Identität ausdrücklich für sich beansprucht. Trump hat sich selbst als „den Auserwählten“ bezeichnet. In Bezug auf das Attentat auf Trump im Jahr 2024 erklärte er:

„Ich hatte damals das Gefühl und bin heute noch mehr davon überzeugt, dass mein Leben aus einem bestimmten Grund gerettet wurde. Ich wurde von Gott gerettet, um Amerika wieder groß zu machen.“

Netanjahu hat in seiner Ansprache am Vorabend des Pessachfestes nicht nur Gott angerufen.

Er hat sich Gottes Rolle in der Exodus-Erzählung angeeignet – indem er zehn „Errungenschaften“ dessen aufzählte, was er den „Krieg der Erlösung“ nennt, und jede einzelne als Plage bezeichnete. Die Tötung von Ayatollah Khamenei nannte er die „Plage der Erstgeborenen“. Dann warnte er die Welt:

Nach den zehn Plagen Ägyptens erinnere ich Sie daran, dass der Pharao immer noch versuchte, dem Volk Israel zu schaden, und wir alle wissen, wie das endete.

Im Buch Exodus ist dieses Ende der Untergang der gesamten Armee des Pharaos. Netanjahu drohte im Fernsehen mit der Vernichtung des Iran, in der Sprache der Heiligen Schrift.

Jeden dieser Männer umgibt ein Gefolge aus Schmeichlern und Fanatikern, deren Aufgabe es ist, die Wahnvorstellung aufrechtzuerhalten und zu verhindern, dass die Realität in ihr Bewusstsein dringt.

Trumps Hofstaat: Hegseth, Huckabee und die christlichen Nationalisten

Pete Hegseth, der Verteidigungsminister, hat das Pentagon in einen Schauplatz des Heiligen Krieges verwandelt. Er trägt ein Jerusalem-Kreuz-Tattoo auf der Brust und die Worte „Deus Vult“, „Gott will es“, den Schlachtruf der mittelalterlichen Kreuzzüge, auf seinem Arm.

Er veranstaltet monatliche christliche Gottesdienste im Auditorium des Pentagons. Er hat das amerikanische Volk aufgefordert, *„jeden Tag auf den Knien“* für einen militärischen Sieg im Nahen Osten *„im Namen Jesu Christi“* zu beten.

Bei einem dieser Gottesdienste betete er laut dafür, dass die US-Truppen überwältigende Gewalt gegen diejenigen ausüben, die keine Gnade verdienen ... *„Wir bitten um diese Dinge mit kühner Zuversicht im mächtigen und mächtigen Namen Jesu Christi.“*

Bei einer Pressekonferenz zum Iran-Krieg sagte Hegseth, die Vereinigten Staaten würden *„mit Bomben verhandeln“*. Er bezeichnete die iranischen Führer als „religiöse Fanatiker“, die nach nuklearer Bewaffnung für „ir-

gendein religiöses Armageddon“ strebten, während er im Pentagon monatliche Andachten leitete und erklärte, dass *„die Vorsehung unseres allmächtigen Gottes dort sei, um diese Truppen zu beschützen“*.

Er scheint sich des Spiegels, den er hochhält, überhaupt nicht bewusst zu sein. Ein Verteidigungsminister, der im Namen Jesu um „überwältigende Gewalt“ betet, während er seine Feinde als religiöse Fanatiker bezeichnet, hat den Begriff „Projektion“ neu definiert.

Mike Huckabee, der US-Botschafter in Israel, liefert die theologische Grundlage. Als Baptistenprediger und überzeugter christlicher Zionist glaubt Huckabee, dass der Konflikt zwischen Israel und dem Iran die Erfüllung einer biblischen Prophezeiung ist – ein notwendiger Schritt hin zur Entrückung und der Wiederkunft Christi. Er sandte Trump eine Nachricht – die Trump daraufhin in den sozialen Medien veröffentlichte –, in der er den Moment mit Truman im Jahr 1945 und dem Abwurf der Atombomben auf Japan verglich und Trump drängte, auf „SEINE Stimme“ zu hören, womit er Gott meinte.

In einem Interview wurde Huckabee nach dem biblischen Land, das sich vom Nil bis zum Euphrat erstreckt – und den Libanon, Syrien, Jordanien sowie Teile von Saudi-Arabien und dem Irak umfasst – gefragt und ob Israel ein göttliches Recht darauf habe. Seine Antwort war direkt: *„Es wäre in Ordnung, wenn sie alles nehmen würden.“*

Der christlich-zionistische Pastor John Hagee, dessen Organisation „Christians United for Israel“ maßgeblich die Unterstützung der US-Evangelikalen für Israels Kriege vorangetrieben hat, blickte auf den Krieg gegen den Iran und sagte schlicht: *„Propheatisch gesehen liegen wir genau im Zeitplan.“*

Franklin Graham schürte bei einem Ostergottesdienst im Weißen Haus Trumps messianische Wahnvorstellungen: *„Heute wollen die Iraner, das böse Regime dieser Regierung, jeden Juden töten und sie mit atomarem Feuer vernichten. Aber du hast Präsident Trump erweckt. Du hast ihn für eine Zeit wie diese erweckt. Und Vater, wir beten, dass du ihm den Sieg schenkst.“*

Netanyahus innerer Kreis und die messianischen Siedler

Auf israelischer Seite besteht der innere Kreis aus zwei Persönlichkeiten, deren Radikalismus so extrem ist, dass sie als politische Paria galten, bis Netanjahu sie ihre Stimmen nutzte, um an der Macht zu bleiben.

Itamar Ben-Gvir, der Minister für nationale Sicherheit, ist ein Bewunderer des verstorbenen Rabbiners Meir Kahane, dessen Kach-Partei als terroristische Organisation eingestuft wurde.

Bezalel Smotrich, der Finanzminister, bezieht seine Ideologie von Rabbi Zvi Yehuda Kook, der lehrte, dass Israels militärischer Sieg von 1967 göttlich gewollt war und dass die Besiedlung palästinensischen Gebiets Gottes Wille sei. Zusammen halten sie 20 Sitze in Netanjahus 67-köpfiger Koalition.

Ben-Gvir hat seinen Einfluss auf die israelische Polizei genutzt, um paramilitärischen Siedlergruppen zu ermöglichen, gegen Palästinenser im Westjordanland vorzugehen. Er hat Waffenstillstandsverhandlungen konsequent blockiert und sich offen dafür gerühmt, diese verzögert zu haben. Er setzte sich für jüdische Ritualrechte auf dem Tempelberg ein und missachtete damit einen seit Jahrzehnten bestehenden Status quo – ein Schritt, von dem israelische Sicherheitsbeamte warnten, er würde direkt zu Blutvergießen führen. Im August 2023 erklärte er: *„Mein Recht und das Recht meiner Frau und meiner Kinder, sich auf den Straßen in Judäa und Samaria frei zu bewegen, ist wichtiger als das Bewegungsrecht der Araber.“*

Das Vereinigte Königreich, Kanada,

Australien, Neuseeland, Norwegen, Slowenien, die Niederlande und Spanien haben ihn alle wegen Anstiftung zur Gewalt mit Sanktionen belegt, doch die Vereinigten Staaten unter Marco Rubio verteidigten Ben-Gvir und kritisierten diese Sanktionen.

Smotrich ist der methodischere der beiden: weniger theatralisch und gefährlicher. Er hat die zivile Verwaltung des Westjordanlands systematisch vom israelischen Militär auf sein eigenes Ministerium übertragen und Hunderte Millionen Schekel in die Infrastruktur der Siedlungen geleitet, während die Budgets der palästinensischen Autonomiebehörde bewusst gekürzt werden. Er hat sein Ministerium angewiesen, „einen operativen Plan zur Ausübung der Souveränität“ über das Westjordanland auszuarbeiten.

Während des Iran-Kriegs forderte er, Israel solle den Südlibanon bis zum Litani-Fluss annektieren, und erklärte, der Krieg „müsse mit einer völlig anderen Realität enden“. Smotrichs Ideologie stützt sich auf Kooks Lehre, dass das Siedlungsunternehmen nicht politisch, sondern heilig sei – eine göttliche Verpflichtung, die ungeachtet des Völkerrechts, der palästinensischen Rechte oder der Meinung der Welt erfüllt werden müsse. Die Grenzen von 1967 sind in dieser Theologie keine vorübergehende militärische Realität. Sie sind Gottes unvollendetes Werk.

Weder Ben-Gvir noch Smotrich waren mehr als Randfiguren der Extremisten, bevor Netanjahu sie legitimierte, indem er sie in die Regierung und in seinen inneren Kreis holte. Er

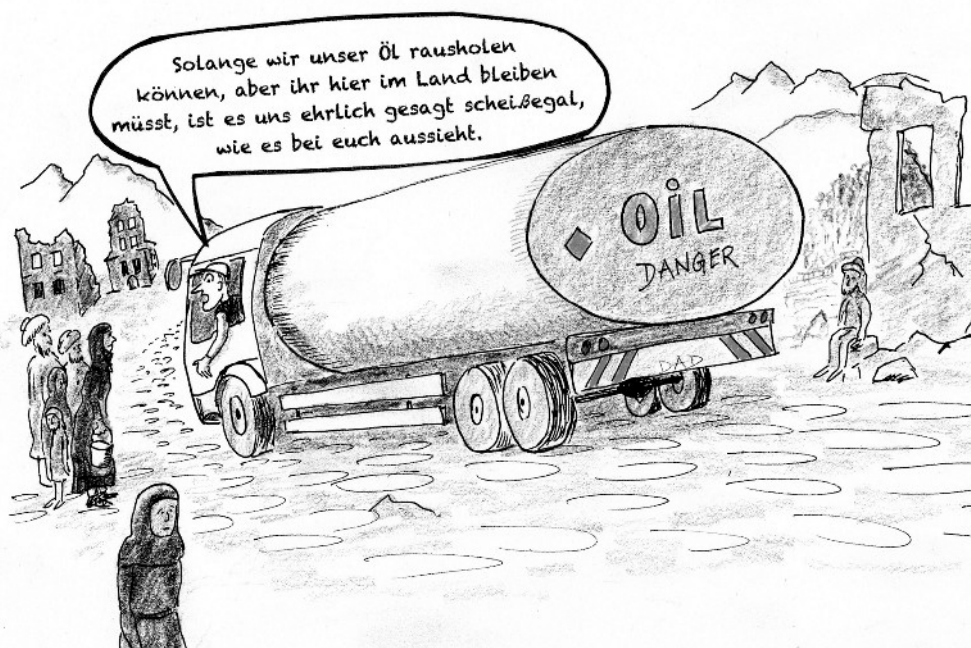
gab ihnen Macht über die israelische Gesellschaft, und sie gaben ihm die religiös-nationalistische Schlagkraft, seine Kriege als göttliche Mission zu bezeichnen.

Professor John Mearsheimer hat genau darauf hingewiesen, dass die Verbrechen, die derzeit von Trump und Netanjahu begangen werden, dieselben sind, für die die Nazi-Führung in Nürnberg gehängt wurde: Angriffskrieg, Annexion fremden Territoriums, gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur und Kollektivstrafen. Das ist keine rhetorische Übertreibung. Das sind rechtliche Kategorien. Das Nürnberger Tribunal bezeichnete das Verbrechen der Aggression als das *„größte internationale Verbrechen“* – dasjenige, das *„das gesamte Böse in sich vereint“* –, weil es das Verbrechen ist, das alle anderen Verbrechen erst möglich macht. Diese Männer haben sich dazu öffentlich in Reden bekannt, die von internationalen Sendern übertragen wurden.

Die institutionellen Mechanismen, die genau solche Katastrophen verhindern sollen – darunter der UN-Sicherheitsrat, der Internationale Strafgerichtshof, das Nichtverbreitungsregime und das humanitäre Völkerrecht –, werden von den Vereinigten Staaten aktiv untergraben.

Und doch müssen die Verantwortlichen dieser Welt versuchen, diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Die multilateralen Bemühungen in Islamabad, an denen die Außenminister Pakistans, der Türkei, Ägyptens und Saudi-Arabiens beteiligt sind und die mit der chinesisch-pakistanischen Fünf-Punkte-Friedensinitiative einhergehen, sind ein wichtiger Anfang. Sie sollten durch das volle Gewicht der BRICS-Staaten, der UN-Generalversammlung und jedes Staates unterstützt werden, der in einer Welt leben möchte, die von Regeln bestimmt wird und nicht von Wahnvorstellungen zweier bösartiger Narzissten.

Wenn gestörte Führer göttliche Katastrophen als politisches Instrument heranziehen, sind es nicht nur ihre Feinde, die davon vernichtet werden. Wir alle werden Opfer von Netanjahus Plagen und Trumps Bombardierung des Iran in die Steinzeit sein, es sei denn, andere Staatschefs setzen diesen beiden Wahnsinnigen Grenzen.



Sechs unverhandelbare Forderungen

von internationalen Wissenschaftlern und ehemaligen Regierungsvertretern zur Beendigung des US-Kriegs gegen den Iran angesichts Trumps Androhung von Kriegsverbrechen (veröffentlicht am 10.4.2026)

Eine große länderübergreifende Gruppe prominenter Persönlichkeiten – darunter ehemalige UN-Beamte, pensionierte Berufsdiplomaten, ehemalige Minister, Wissenschaftler und Intellektuelle, Politiker und ehemalige Parlamentarier, Militär- und Sicherheitsexperten, Künstler, Juristen sowie Journalisten, Aktivistinnen und führende Vertreter der Antikriegsbewegung aus 30 Ländern – hat einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie die globale Rolle der Vereinigten Staaten scharf kritisieren und eine neue internationale Ordnung fordern, deren Kernpunkte Souveränität und Widerstand gegen das sind, was sie als westliche Vorherrschaft bezeichnen.

An die Völker der Welt, an die Denker, an die Gelehrten und an alle, die an Gerechtigkeit glauben:

Ein Schreckgespenst spukt nun im Gewissen der Menschheit herum – die Rückkehr der räuberischen Macht – und es wird nicht länger unwidersprochen bleiben.

249 Jahre lang – über ihre gesamte Existenz seit 1776 hinweg – haben die Vereinigten Staaten eine Bilanz von Gräueltaten aufgebaut, die in ein dunkleres, vorzivilisiertes Zeitalter gehört; das räuberische Imperium, errichtet auf den Leichen von Nationen; vom Völkermord an fast 5 Millionen Indigenen über die brutale Versklavung von über 4 Millionen Afrikanern bis hin zur Lynchjustiz an mehr als 4.000 schwarzen Bürgern unter Jim Crow. Mit über 800 Militärgarnisonen, die mehr als 90 fremde Länder und Gebiete vergiften, pflegte es eine Doktrin der absoluten Ausbeutung.

Vom genozidalen Horror in Vietnam mit über 3 Millionen Toten; über die Vernichtung Kambodschas, wo 2 Millionen Menschen unter dem von den USA unterstützten Terror umkamen; bis hin zum systematischen Massaker an Koreanern, bei dem mehr als 4 Millionen Koreaner ihr Leben verloren; bis hin zur Zerstörung des Irak, Libyens, Syriens und Afghanistans, wo eine Million Iraker und Zehntausende Libyer vom Feuer der USA verschlungen wurden.

Und doch hat die rationale Ordnung, die die Welt regiert, der

Menschheit einst geholfen, solche Praktiken hinter sich zu lassen. Die Menschheit hatte diese Barbarei der Geschichte überlassen. Doch nun erleben wir ihre Rückkehr.

Die anhaltende, systematische Auslöschung Gazas durch die anhaltende Unterstützung des völkermörderischen israelischen Regimes, bei der über 77.000 Zivilisten in Palästina abgeschlachtet wurden – das Ausmaß dieser Gräueltat offenbart eine unausweichliche Wahrheit: Die vorzivilisierte Praxis ist zurückgekehrt, und Washington ist erneut zu ihrem willigen Vollstrecker geworden.

Dies ist das teuflische Credo „alles für uns, nichts für andere“. Mit schamloser Gier beansprucht es die Ressourcen der Welt – sei es das Öl Venezuelas, der Mineralreichtum Grönlands oder die Energiereserven Kanadas – als Objekte strategischer Ansprüche. Und nun richtet sich dieses gierige Auge auf den Iran. Denn der Iran – der über 7 % der weltweiten Mineral- und Energievorkommen besitzt – wird als letzte Grenze der Plünderung angesehen.

Aus der Perspektive der globalen Gerechtigkeit sind die Bedingungen für die Beendigung dieses Krieges absolut und nicht verhandelbar:

1) Garantien gegen eine Wiederholung sowie eine verbindliche internationale Verpflichtung, die künftige Aggressionen ausschließt.

2) Der sofortige Abbau aller US-Militäreinrichtungen in der Region.

3) Das formelle Eingeständnis der Aggression, die internationale Verurteilung der Aggressoren und die vollständige Wiedergutmachung für Menschenleben und Sachschäden.

4) Die sofortige Beendigung des Krieges an allen Fronten in der Region.

5) Ein neues Rechtsregime für die Straße von Hormus, das die Souveränität des Iran anerkennt.

6) Die strafrechtliche Verfolgung



und Auslieferung von Mitarbeitern anti-iranischer Medien, die zu diesem Blutvergießen angestiftet haben.

Wir, die wir uns im Geiste anschließen, rufen unsere Mitmenschen, die Denker, die Gelehrten, die Institutionen des Gewissens und die Verfechter der Gerechtigkeit auf der ganzen Welt dazu auf:

> Die Vereinigten Staaten unmissverständlich für ihre systematische Missachtung internationaler Übereinkommen und ihre Rückkehr zum Geist historischer Grausamkeit und Barbarei zu verurteilen.

> Das Schurkenregime der Vereinigten Staaten wegen seiner anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit diplomatisch und wirtschaftlich zu isolieren.

> Das Iran innewohnende Recht auf aktive Abschreckung gegen unprovokierte Aggression anzuerkennen.

> Die sofortige Einstellung des von den USA und ihren Verbündeten geförderten Terrorismus sowie die strafrechtliche Verfolgung derjenigen zu fordern, die ihn anordnen.

Wie schon immer wird die Geschichte den Mut derer festhalten, die sich weigern zu schweigen. Wir stehen auf der Seite der Gerechtigkeit – nicht als passive Zeugen, sondern als aktive Gestalter einer neuen Welt, die an einem Wendepunkt angelangt ist, an dem Arroganz zerbröckelt und Rechtschaffenheit siegt. Die Arroganten müssen entmachtet werden. Die Welt verlangt es. Die Gerechtigkeit wird dafür sorgen.

Warum der Iran den Krieg bereits gewonnen hat

von Patrick Ringgenberg

Seit Jahrzehnten stellen die westlichen Mächte den Iran als eine inhärente Bedrohung dar. Doch wie wurde dieses Narrativ konstruiert, ausgenutzt und schließlich in eine sich selbst erfüllende geopolitische Realität verwandelt?

Der Autor ist Assoziierter Forscher an der Universität Lausanne in der Schweiz und Irankenner.

Auszüge aus einem Beitrag, erschienen in *Forum Geopolitica*, am 9.3.2026

[...] Die Medien und sogar „Experten“ verbreiten weiterhin eine Reihe von Vorurteilen, die seit Jahrzehnten zu hören sind und die jeder seriöse Iranologe leicht widerlegen oder korrigieren kann: „Der Iran ist geschwächt“, „das Mullah-Regime ist am Ende“, „die Islamische Republik hat keine Legitimität mehr“, „die iranische Gesellschaft will ein freies und säkulares Land“.

... Als Ergebnis einer tausendjährigen Geschichte hat der heutige Iran eine dreifache Identität: zunächst die iranische Identität, die bis in die Antike zurückreicht und den modernen Nationalismus nährt; seit dem 7. Jahrhundert muslimisch, seit dem 16. Jahrhundert schiitisch; vor allem seit dem 19. Jahrhundert westlich, als der europäische Einfluss immer stärker wurde.

Diese kulturelle Komplexität spiegelt sich auf allen Ebenen wider. Über die von der Pahlavi-Dynastie (1925-1979) begründete nationale Einheit hinaus ist der Iran ein zutiefst multiethnisches und multikulturelles Land. Während etwa die Hälfte der Bevölkerung aus Persern besteht, setzt sich die andere Hälfte aus verschiedenen türkischen oder türkischsprachigen Gruppen, Arabern oder Völkern zusammen, die entfernt mit den Iranern verwandt sind, wie die Kurden oder Belutschen. [...]

Selbst die Islamische Republik ist ein hybrides System: gleichzeitig ein Nationalstaat und eine Demokratie westlicher Prägung, eine Republik, die aus der konstitutionellen Revolution von 1906 hervorgegangen ist, eine imperiale Macht, die in einer jahrtausendealten Regierungstradition verwurzelt ist, und ein System religiöser Führung (Imamokratie



Blick auf Teheran, Quelle: Wikipedia

statt Theokratie) mit alten Wurzeln.

Dennoch ist es ein Irrtum, die Islamische Republik auf ein „Mullah-Regime“ zu reduzieren, denn auch wenn Geistliche auf verschiedenen Ebenen der Macht vertreten sind.

In vielerlei Hinsicht ist die Politik der Islamischen Republik weniger von der Religion beeinflusst als in Israel, wo ultraorthodoxe Juden koloniale Ambitionen mit historischen Mythen und Messianismus rechtfertigen, oder in den USA, deren derzeitige pro-israelische Politik vom zionistischen Messianismus der Evangelikalen durchdrungen ist.

[...] Wie jeder moderne Staat kennt auch der Iran eine relative Kluft zwischen dem Volk und den Eliten, auch wenn es der Islamischen Republik im Gegensatz zur Pahlavi-Monarchie, die die alleinige Macht eines einzigen Mannes festgeschrieben hatte, gelungen ist, die Bevölkerung besser in die politischen Prozesse und den Aufbau der Nation einzubeziehen.

Der Nationalismus ist jedoch die Kraft, die die Iraner über alle Spaltungen hinweg vereint. Dies war während des Iran-Irak-Krieges (1980-1988) der Fall, als sich die Iraner über die soziopolitischen Meinungsverschiedenheiten hinweg, die zu einem Bürgerkrieg hätten führen können, zusammenschlossen, um ihr angegriffenes Land zu verteidigen. Auch heute bilden die Iraner eine gemeinsame Front gegen einen aufgezwungenen Krieg. Nationalismus, religiöse Motive, imperiale Stärke, das

Ideal des Widerstands: Angesichts dieser mentalen Infrastruktur, die ebenso wichtig ist wie ballistische Raketen, haben Israel und die USA den Krieg bereits verloren und laufen sogar Gefahr, niemals Frieden gewinnen zu können.

Auch wenn sie in bestimmten Stellungnahmen und strategischen Ausrichtungen eine muslimische Agenda verfolgt, ist die Politik des Iran in der Praxis eher imperial als ideologisch, eher nationalistisch als panislamisch, eher pragmatisch als ideologisch ist der Iran der Islamischen Republik heute moderner als zu Zeiten der Pahlavi-Dynastie.

[...] Denjenigen, die die westliche liberale Demokratie als Endziel und „Ende der Geschichte“ betrachten, muss man übrigens ins Gedächtnis rufen, dass die Liberalen im Iran eine Minderheit sind und immer waren und dass der liberale Diskurs vor allem einer iranischen Diaspora eigen ist, die zu sehr verwestlicht ist, um ein Land zu verstehen, das sie oft nur sehr wenig kennt und das sich nicht auf die schicken Viertel im Norden Teherans beschränkt.

Für viele iranische Bevölkerungsgruppen, die übrigens gegenüber der Islamischen Republik kritisch eingestellt sein können, ist nicht unbedingt oder nicht immer unser westliches Verständnis von Freiheit und unsere Wertschätzung des Liberalismus entscheidend, sondern traditionelle, kulturelle, religiöse und identitätsstiftende Werte.

Iran: Der Feind, den sich der Westen selbst geschaffen hat

von Patrick Ringgenberg

Auszüge aus einem Beitrag, erschienen in *Forum Geopolitica*, am 13.4.2026

[...] Seit langem wird die westliche Öffentlichkeit darauf vorbereitet, eine aggressive Politik gegenüber dem Iran zu akzeptieren: seit der Revolution von 1979, die gerne als fundamentalistischer Rückschritt eines Landes auf dem Weg zur Verwestlichung dargestellt wurde; oder seit 2002, als der Iran neben Nordkorea und Teil einer „Achse des Bösen“ war.

[...] Das „iranische Regime“, das „islamische Regime“, das „Mullah-Regime“. Diese seit Jahrzehnten wiederholten Formulierungen dienen keinem anderen Zweck, als die iranische Regierung zu delegitimieren: um die Menschen glauben zu machen, dass die Islamische Republik Iran ein ebenso künstliches wie prekäres politisches System ist, mit zweifelhafter Souveränität, abgeschnitten von der Bevölkerung und von ihr verachtet. [...] Darüber hinaus versuchen die meisten Kommentatoren, wann immer im Iran Proteste ausbrechen, nicht, deren Kontext und gesellschaftspolitische Bedeutung zu analysieren, sondern stellen schnell die Legitimität des „iranischen Regimes“ infrage. [...]

Niemand würde bestreiten, dass es in einem Land mit einer Fläche von 1.648.195 km², das von rivalisierenden oder feindlichen Nationen umgeben ist, Gegensätze zwischen Staat und Bevölkerung, kulturelle Spannungen, gewalttätige politische Kämpfe und wirtschaftliche Krisen gibt: Diese stehen im Einklang mit der tief verwurzelten Geschichte des Landes, der Komplexität seiner Identität (iranisch, schiitisch, westlich geprägt) und den geostrategischen Herausforderungen eines Landes im Herzen des Nahen Ostens, das über immense Bodenschätze verfügt und am Schnittpunkt historischer Gegensätze liegt.

Die systematische Verunglimpfung der iranischen Regierung zielt jedoch darauf ab, die Bedeutung der Islamischen Revolution – die sowohl eine Rückeroberung der Identität als auch eine Befreiung vom westlichen Imperialismus darstellte – falsch darzustellen

und die Dynamik und die tief verwurzelte Natur des iranischen politischen Systems sowie das Mosaik (historisch, soziologisch, wirtschaftlich und kulturell) der Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der Regierung zu ignorieren.

[...] Die unzähligen Formen von Traditionalismus und Modernisierung, Wirtschaftssystemen (kapitalistisch, religiös, basarbasierend), religiösen Praktiken und politischem Verhalten sind die Faktoren, die die Realität des Iran ständig komplexer machen, wobei die Menschen oft nur einen Ausschnitt oder eine Art von Daten betrachten wollen und andere dabei ausschließen.

Das iranische System auf eine Theokratie zu reduzieren, ist der sicherste Weg, ein politisches System und einen Nationalstaat, die Republikanismus, religiöse Führung und imperiale Traditionen vereinen, pauschal zu beurteilen ... Die politische Neuheit der Islamischen Republik Iran liegt darin, dass sie das Prinzip der religiösen Führung in ein System moderner, westlich inspirierter Prägung eingebettet hat. ... Die vom iranischen Staat verfolgte Politik hat oft wenig mit Religion zu tun und entspricht vielmehr einem „klassischen“ Nationalstaat und einem „imperialen“ Ansatz, bei dem es um Stabilität, Bewahrung und Einfluss geht.

Ein antiklerikales, islamfeindliches oder säkularistisches Vorurteil versucht, die Mullahs – also die schiitischen Geistlichen – für alle politischen Angelegenheiten verantwortlich zu machen. Doch diese Geistlichen spielen innerhalb des iranischen Systems keine exklusive oder hegemoniale Rolle.

[...] Die nach der Islamischen Revo-



lution verordnete Schleierpflicht erschütterte eine Generation von Frauen, die sich von bestimmten traditionellen sozialen und familiären Normen befreit hatten; gleichzeitig ermöglichte sie jedoch auch traditionellen Frauen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und den Eintritt ins Berufsleben [...] In beiden Fällen wird der sogenannte islamische Schleier jedoch in religiöser Hinsicht überinterpretiert.

Die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ (Herbst 2022) führte zu einer Lockerung der Vorschriften zum Tragen des Kopftuchs, insbesondere in Großstädten, wo Frauen – sowohl junge als auch ältere – ohne Kopftuch unterwegs sind. Landesweit trägt jedoch eine Mehrheit der Frauen weiterhin den Schleier: aus Frömmigkeit, Tradition, Druck (sei er direkt oder subtil), Respekt, Kontext (eine Frau ohne Kopftuch wird in einem konservativen Umfeld schnell stigmatisiert oder ausgegrenzt), Stolz, Solidarität oder sogar Nationalismus.

Ein Vorurteil verbindet den Hidschab mit der Unterwerfung und Unterdrückung von Frauen. Doch aus traditioneller Sicht ist der Hidschab auch ein Symbol, eine Quelle der Stärke, eine Tugend, ein soziales Erkennungsmerkmal, ein Erbe, ein Gefühl der Zugehörigkeit und eine Quelle der Würde. Heute ist er zudem zu einem Modeartikel, einem Element des Selbstaussdrucks und sogar – wie die persische Poesie nicht versäumt hat zu erwähnen – zu einem erotischen Schmuckstück geworden.

Ein aktueller Bericht aus dem Libanon – Israel bombt noch immer ...

von Karin Leukefeld

Karin Leukefeld ist trotz aller dortigen Gefahren wieder nach Beirut gereist und beobachtet jetzt dort mit eigenen Augen und im direkten Gespräch mit Einheimischen und Geflüchteten, was da vor sich geht. Aus dem am 28.4.26 bei Global-bridge.ch erschienenen Bericht bringen wir nachfolgend eine Kurzfassung.

Vorab: Journalisten im Visier

Am 22. April wurden zwei Journalistinnen von israelischen Drohnen regelrecht gejagt, als sie in Tiri, einem Ort im Bezirk von Bint Jbeil einen Angriff der israelischen Luftwaffe dokumentieren wollten. Ihre zwei Begleiter vom Zivilschutz wurden im vorausfahrenden Fahrzeug getötet. Die Journalistinnen versuchten sich in Sicherheit zu bringen.

Das israelische Militär ließ weder das Rote Kreuz noch die libanesische Armee zu dem Ort des Geschehens, um die beiden Journalistinnen zu evakuieren. Etwa eine Stunde später wurde das Fahrzeug der Journalistinnen von einer israelischen Drohne zerstört. Sie brachten sich in einem Haus in Sicherheit, das kurz darauf von der israelischen Luftwaffe bombardiert wurde.

Mehr als eine Stunde später erst wurde das Rote Kreuz und die libanesische Armee zugelassen. Sie konnten die Fotografin Zeinab Faraj schwer verletzt evakuieren. Israelische Soldaten feuerten dabei auf die Rettungssanitäter und warfen Blendgranaten auf das Fahrzeug.

Die zweite Journalistin, Amal Khalil, eine bekannte Mitarbeiterin der libanesischen Tageszeitung Al Akhbar, konnte erst spät in der Nacht nur noch tot geborgen werden.

Auf der Flucht im eigenen Land – So versucht Israel, den südlichen Libanon zu besetzen

Die von US-Präsident Donald Trump angeordnete „Waffenruhe“ im Libanon wurde für drei weitere Wochen verlängert. Doch der Alltag im Land bleibt unsicher und die humanitäre Situation im Libanon kritisch.

Mehr als eine Million Menschen sind weiter vertrieben und ihre Rückkehr in ihre Dörfer und Häuser ist trotz der

„Waffenruhe“ nicht sicher und oft gar nicht möglich. Bombardierungen gibt es weiterhin täglich, Hauszerstörungen und Luftangriffe. Zivilisten werden vom israelischen Militär zudem daran gehindert, in ihre Dörfer und Häuser jenseits einer so genannten „gelben Linie“ zurückzukehren.

Diese „gelbe Linie“ hat Israel verkündet und bezieht sich dabei ausdrücklich auf das eigene Vorgehen im Gaza-Streifen. Die dort mit Feuergehalt durchgesetzte „gelbe Linie“ umfasst nach israelischen Angaben 58 Prozent des gesamten palästinensischen Gaza-Streifens und wird von israelischen Truppen aus „Sicherheitsgründen“ besetzt gehalten.

Im südlichen Libanon hat die israelische Armee die „Blaue Linie“ überannt, die von der dort stationierten UN-Friedensmission für Libanon UNIFIL als offizielle Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Libanon markiert worden war. Erste Karten zeigen, dass sämtliche mehrheitlich von Schiiten bewohnten Dörfer entlang der „Blauen Linie“ von Israel zerstört werden sollen, um Besatzungstruppen dort zu stationieren.

Unklar ist, welches Schicksal die christlichen und drusischen Dörfer in dem Gebiet erwartet. Beobachter halten das erst für den Anfang der militärischen Landnahme, die Israel seit Jahrzehnten verfolgt. Selbst westlich, in das seeseitige Territorium des Zedernstaates, hat Israel für sich markiert.

Dieses maritime Gebiet umfasst auch das libanesische Gasfeld Qana. Erst 2022 war zwischen Israel und Libanon eine Vereinbarung über die Grenze zwischen dem Qana Gasfeld (Block 9) und dem israelischen Karish Gasfeld vereinbart worden. Die neue israelische Karte zeigt, dass Israel sich die – noch unerschlossenen – Energieressourcen des Libanon aneignen will.

Mehr als 500 Mal die „Waffenruhe“ gebrochen

Die libanesische Regierung ordnete den Rückzug der libanesischen Armee aus dem von Israel markierten Gebiet

der „gelben Linie“ und südlich davon gelegenen Stützpunkten der LAF an. Für jeden Beobachter wurde damit klar, dass die Regierung in Beirut den Weg für die israelische Besatzung freimachte. Die dort lebenden Menschen haben keinen Schutz vor den israelischen Angriffen. Sie können nicht die Zerstörung ihrer Felder, ihrer Straßen, ihrer Häuser und Ortschaften verhindern.

Die libanesische Hisbollah stellt sich inzwischen auf verschiedene Weise den israelischen Besatzungstruppen entgegen. Israel nimmt das zum Anlass, um noch mehr und noch weitreichender den Libanon anzugreifen. Nach erneuten Evakuierungsanordnungen der israelischen Besatzungstruppen und Dutzenden Luftangriffen, die am vergangenen Wochenende mindestens 22 Personen töteten, die bereits auf der Flucht waren, darunter zwei Kinder, veröffentlichte die Hisbollah am Sonntag eine Stellungnahme.

Darin bekräftigte die Organisation, dass der Widerstand weiterhin „die feindlichen israelischen Truppen angreifen“ werde, die libanesisches Territorium besetzt hielten. Es sei das legitime Recht und entspreche internationalen Vereinbarungen. Auch „Angriffe auf Siedlungen des Feindes im nördlichen besetzten Palästina“ seien eine „legitime Antwort auf die anhaltenden Verletzungen der Waffenruhe vom ersten Tag der Erklärung einer befristeten Waffenruhe an“, hieß es in der Erklärung. Mehr als 500 Mal habe Israel die Waffenruhe verletzt und zwar am Boden, vom Meer und aus der Luft, Häuser seien zerstört worden und

Gesellschaftliche Spaltung nutzt Israel

In der libanesischen Gesellschaft – die auch politisch in verschiedene Religionsgruppen zerteilt ist – verschärft sich der Ton gegen die Hisbollah, deren Bündnispartner und Unterstützer. Schiiten werden zunehmend als „Iraner“ bezeichnet, der Iran – den Israel ebenfalls zusammen mit den USA am 28. Februar angriff – sei eine Besat-

zungsmacht, heißt es in den so genannten „sozialen Medien“.

Israel nutzt das, um neben den militärischen Angriffen im ganzen Land die gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen. Gleichzeitig bietet Israel der libanesischen Regierung die Zusammenarbeit an – gegen die Hisbollah.

Die Partei verfügt über 15 Sitze im Parlament und hat im Bündnis mit der Amal-Bewegung und der Freien Patriotischen Bewegung 62 von 128 Abgeordneten im libanesischen Parlament. Die letzten Wahlen waren 2022. Neuwahlen wären 2026 fällig, wurden aber von dem neuen Ministerpräsidenten Nawaf Salam um zwei Jahre verschoben.

Generationen auf der Flucht

Die fortgesetzten Angriffe Israels richten sich gegen die schiitischen Libanesen, deren Häuser, Höfe, Geschäfte, Felder, deren ganzes Leben Tel Aviv zu Stützpunkten der „iranischen Hisbollah“ erklärt hat. Damit niemand im Land auf die Idee komme, sich mit seinen Landsleuten, die einen anderen Glauben haben, zu verbünden, hat Israel den gesamten Libanon zur Kampfzone gegen die Hisbollah erklärt.

Mehr als 2.520 Menschen seien seit dem 2. März von Israel getötet worden, so das libanesisches Gesundheitsministe-

rium. Darunter fast 200 Kinder und etwa ebenso viele Frauen. Der Krieg richtet sich gegen die gesamte libanesisches Gesellschaft.

Die ursprünglichen Bewohner des Landes

Viele der Menschen, die seit dem 2. März auf der Flucht sind, haben seit Generationen Flucht erfahren. Fast alle Familien kommen aus den südlichen Orten an der „Blauen Linie“, der Waffenstillstandslinie zwischen Libanon und Israel. Nun hat Israel fast alle Orte zerstört. Viele der Familien, die aktuell im Allgemeinen Beirut Krankenhaus wohnen, waren schon im Krieg 2024 hier untergekommen, erzählt Zahra, eine Studentin, die mit ihrer Familie schon damals aus Mais al Jabal fliehen musste.

„Wir sind friedvolle Leute“, sagt ihr Vater im Gespräch mit der Autorin. Mais al Jabal liege genau an der „Grenze“. Seine Tochter Zahra übersetzt souverän, dass er der Regierung



Man stelle sich das einmal vor: Die Armee eines Nachbarstaates warnt uns und zerbombt kurze Zeit darauf das Haus, in dem die eigene Familie seit Generationen gewohnt hat ... Israel tut das im südlichen Libanon (im Bild in Khiam) – und die Welt schaut zu. (Text: Globalbridge.ch vom 7.4.26 - Foto Karin Leukefeld)

skeptisch gegenüber stehe. „Wenn Ministerpräsident Nawaf Salam in einem Moment großer Gefahr die libanesisches Armee abzieht und uns, die Leute, dem Feind überlässt, was sollen wir dann denken?“

Ob der Mann ehrlich sei, wenn er die Menschen dem Feind überlässt? „Wir denken, dass Nawaf Salam von den USA in den Libanon geschickt wurde, um andere, nicht unsere Interessen zu vertreten“, fügt er hinzu. „Das ist, was wir sehen.“

Statement von Ärzte ohne Grenzen (MSF), 8. April 2026:

„Israelische Streitkräfte führen einen groß angelegten Angriff im gesamten Libanon durch, bei dem Zivilist*innen getötet und verletzt werden. Luftangriffe treffen zahlreiche Orte, darunter auch Großstädte. Es werden Patient*innen mit Splitterverletzungen und starken Blutungen eingeliefert. Die Lage ist chaotisch, da immer mehr Menschen hereingebracht werden.“

Die anhaltenden Angriffe auf Zivilist*innen müssen aufhören. Gesundheitseinrichtungen, Personal und Patient*innen müssen geschützt werden. Die wiederholte gewaltsame Vertreibung von Menschen – ein Kriegsverbrechen – muss sofort ein Ende finden.“

Jules El-Khatib, deutsch-palästinensischer Hochschuldozent und Autor, 9. April 2026:

„Die angeblichen „Hisbollah-Ziele“, die Israel bombardiert hat: Eine Beerdigung in Shmistar; eine Moschee in Saida; ein Café für Taxipendler in Ouzai; ein lokales Lebensmittelgeschäft in Ouzai; eine Bäckerei; ein Geschäft am Rahab-Markt; ein Haus in einer dicht besiedelten Straße in Beirut; eine Autowaschanlage im Südlibanon; ein Lebensmittelgeschäft in Beirut; eine Apotheke im Libanongebirge; etliche weitere zivile Gebäude. Die Liste ließe sich leider noch deutlich erweitern.“

Zeina Khodr, Journalistin, X (Twitter), 9. April 2026:

„Rettungskräfte suchen weiter unter den Trümmern ... die Chancen, Überlebende zu finden, sind verschwindend gering ... Angehörige treffen ein, um nach ihren vermissten Angehörigen zu suchen ... Beiruts Stadtteil Tallet al Khayat – mindestens 200 Tote bei israelischen Angriffen innerhalb von zehn Minuten am Mittwoch.“



Die Qasmiya-Brücke über den Litani, die den Südlibanon mit dem Rest des Landes verbindet, nachdem sie am 22. März 2026 von den israelischen Streitkräften zerstört worden war, Quelle: Wikipedia

Situation in Gaza: Terror gegen die Bevölkerung geht weiter

Nachfolgender Text basiert auf einem aktuellen Bericht der OCHA (englisch) vom 29.4.2026 sowie früheren Berichten. Automatische Zusammenstellung des deutschen Textes mit DeepSeek.

Zur Quelle: Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA oder UNOCHA, englisch United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs).

Die anhaltende humanitäre Krise im Gazastreifen hat neue, alarmierende Dimensionen erreicht. Die israelischen Militäroperationen sowie die anhaltende Blockade haben verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Diese Momentaufnahme fasst die wichtigsten gemeldeten Entwicklungen und humanitären Folgen zusammen.

Zivile Opfer und Vertreibung

Seit Oktober 2023 wurden laut lokalen Gesundheitsbehörden über 40.000 Palästinenser getötet und mehr als 90.000 verletzt. Die tatsächlichen Zahlen könnten deutlich höher liegen, da viele Opfer noch unter den Trümmern vermutet werden.

Über 1,9 Millionen Menschen (etwa 85 % der Bevölkerung) sind Binnenvertriebene, viele von ihnen mehrfach. Die Unterkünfte in den Notunterkünften im Süden sind hoffnungslos überfüllt, und die sanitären Bedingungen sind katastrophal.

Zerstörung der Infrastruktur

Mehr als 70 % der Wohngebäude im Gazastreifen sind beschädigt oder zerstört. Ganze Stadtviertel in Gaza-Stadt, Chan Yunis und im Norden sind dem

Erdboden gleichgemacht.

Die Wasser- und Sanitärinfrastruktur ist schwer getroffen. Die meisten Wasser- und Abwasseranlagen sind außer Betrieb, und die Abwasserpumpen funktionieren nur eingeschränkt. Es besteht ein hohes Risiko für wasserbedingte Krankheiten.

Das Gesundheitssystem liegt am Boden: Nur 10 der 36 Krankenhäuser sind noch teilweise funktionsfähig, und diese sind chronisch unterversorgt mit Medikamenten, Treibstoff und medizinischem Personal.

Humanitärer Zugang und Hilfe

Die humanitären Hilfslieferungen sind weiterhin stark eingeschränkt. Die israelischen Behörden verweigern oder verzögern regelmäßig die Einfuhr von lebenswichtigen Gütern wie Nahrungsmitteln, Medikamenten und Treibstoff.

Die Verteilung der Hilfe im Gazastreifen ist extrem gefährlich. Hilfskonvois wurden beschossen, und es gibt Berichte über Plünderungen durch bewaffnete Gruppen.

Die UN und andere Hilfsorganisationen fordern einen sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand und einen ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe.



Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Wirtschaft des Gazastreifens ist vollständig zum Erliegen gekommen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 80 %, und die Armutsrate ist auf nahezu 100 % gestiegen.

Die Landwirtschaft, einst ein wichtiger Wirtschaftszweig, wurde durch Bombardierungen und die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen massiv geschädigt.

Aufruf zum Handeln

Die internationale Gemeinschaft muss dringend handeln, um eine weitere Eskalation der Katastrophe zu verhindern. Ein sofortiger Waffenstillstand, die Aufhebung der Blockade und die Sicherstellung des humanitären Zugangs sind unabdingbar, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern.

Ausgewählte Zahlen der UN OCHA aus Gaza (April 2026)

Ernährung:

28% der befragten Haushalte können nur eine Mahlzeit pro Tag zu sich nehmen

55% der befragten Haushalte müssen mit der Verbrennung von Abfällen ihr Essen zubereiten

86,7% der landwirtschaftlichen Wasserbrunnen sind beschädigt

79,5% der Gewächshäuser sind beschädigt

4% von Gazas Anbaufläche für Getreide ist noch nutzbar

Unterkünfte:

850.000 Menschen müssen mit Notunterkünften versorgt werden.

76,6% aller Wohneinheiten (371.888 von 485.361) sind zerstört oder schwer beschädigt.

Bildungswesen:

637.475 Schulpflichtige Kinder haben keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen

64.000 Kinder bis zu 5 Jahren haben keinen Zugang zu frühkindlicher Bildung

93% aller Schulgebäude sind total zerstört

63 Universitätsgebäude sind zerstört.

Gaza und Westjordanland

„The Palestinian children's situation on the Palestinian Child Day“, Palestinian Central Bureau of Statistics, 5. April 2026:

„Das palästinensische Zentralamt für Statistik (PCBS) hat anlässlich des Tages des palästinensischen Kindes, der am 5. April begangen wurde, folgende Zahlen zu Kindern in Gaza und im Westjordanland veröffentlicht: Demnach sind zwischen Oktober 2023 und April 2026 mindestens 21.284 palästinensische Kinder in Israels genozidalem Krieg gegen Gaza getötet worden.

Von diesen Kindern waren 1.029 unter einem Jahr alt und 5.031 jünger als fünf Jahre (...).

Neben den direkt von Israel getöteten Kindern verzeichnete das PCBS 157 Kinder, die während des Krieges verhungert sind, sowie 25, die aufgrund der Kälte starben. (...)

Mindestens 44.486 Kinder wurden verletzt; dies entspricht etwa 26 Prozent aller als verletzt registrierten Personen. Davon erlitten 10.500 lebensverändernde Verletzungen, und 4.000 davon schweben nach wie vor in Lebensgefahr. 58.000 Kinder wurden zu Waisen, sie verloren mindestens einen Elternteil. Im Februar 2026 wurden laut PCBS 3.700 Kinder im Alter von 6 bis 59 Monaten wegen Unterernährung behandelt, wobei 600 davon unter schwerer akuter Unterernährung litten. 90 Prozent aller Kinder in Gaza erreichen nicht die Mindestanforderungen an die Ernährungsvielfalt, und 60 Prozent der 6- bis 23-Monate alten

Kinder leiden unter schwerer Ernährungsarmut.“

Emre Çaylak aus Kairo, The Guardian, 9. April 2026:

Auf dem Höhepunkt des Krieges zwischen Israel und dem Gazastreifen verloren täglich zehn Kinder ein oder beide Beine. Für diejenigen, die die Grenze überqueren, um medizinische Hilfe zu erhalten, ist die körperliche Genesung nur der Anfang ihres Kampfes.

Libanon

Dr. Ghassan Abu Sitta, palästinensisch-britischer Arzt, derzeit auf Hilfsmission im Libanon, 9. April 2026:

„11 Monate alt. Kopfverletzung. Aus den Trümmern im Libanon geborgen. Israels Krieg gegen Kinder.“

Mo Khomassi, SPD-Politiker in Jülich, betrauert den Tod seines engsten Freundes im Libanon, 9. April 2026:

„Nach langem Hoffen und langem Warten ist es nun Gewissheit: Heute habe ich die Nachricht bekommen, dass man deine Leiche gefunden hat. Schon der gestrige Tag war kaum zu ertragen. Zuerst die schreckliche Nachricht, dass deine Frau und deine zwei Kinder tot aufgefunden wurden. Dein drittes Kind liegt schwer verletzt im Krankenhaus. Dann kam die Nachricht, dass auch dein Bruder im selben Haus verstorben ist. Und dich hat man noch gesucht. Wir hatten noch einen kleinen Hoffnungsschimmer. Die Hoffnung, dass du vielleicht überlebt hast. Doch auch diese Hoffnung ist jetzt zerstört. (...) Was euch angetan wurde, dir und deiner Familie, werde ich niemals

schweigend hinnehmen. Ihr wart unschuldig. Euch wurde das Leben genommen. Und das muss man auch so sagen. In zehn Minuten sollen über 100 Ziele getroffen worden sein. In zehn Minuten wurden nach bisherigen Angaben 254 Menschen getötet: Zivilisten, Kinder, Mütter, Familien. 975 weitere wurden verletzt. Wie soll man das rechtfertigen? Wie soll man das überhaupt verstehen? (...) Was gestern im Libanon passiert ist, war ein Massaker. Und es macht mich fassungslos, wie darüber gesprochen wird, als wäre es etwas anderes.“

Nada Maucourant Atallah, französisch-libanesischer Journalistin, im Interview mit BBC, 8. April 2026:

„Die israelische Armee kann behaupten, was sie will, aber sie legt keinerlei Beweise vor. Was ich vor Ort sehe, sind terrorisierte Familien – Videos von Menschen, die von Balkonen springen, um zu fliehen, Bilder von Kindern, die von Granatsplittern verwundet und unter Trümmern begraben wurden. Das ist auch meine Stadt. Ich bin unzählige Male durch diese Straßen gegangen. Die Angriffe erfolgten ohne Vorwarnung, mitten in der Hauptverkehrszeit.“

Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), 9. April 2026:

„Die israelischen Streitkräfte haben eine Evakuierungsanordnung für den Stadtteil Jnah in Beirut erlassen, in dem sich zwei große Krankenzentren befinden: das Rafik-Hariri-Universitätskrankenhaus und das Al-Zahraa-Krankenhaus. Derzeit stehen keine alternativen medizinischen Einrichtungen zur Verfügung, um die rund 450 Patient*innen aus den beiden Krankenhäusern (darunter 40 Patient*innen auf der Intensivstation) aufzunehmen, was ihre Evakuierung operativ unmöglich macht. Beide Einrichtungen sind voll ausgelastet, unter anderem mit der Versorgung der Verletzten der Angriffe vom 8. April. In diesem Gebiet befindet sich auch der Komplex des libanesischen Gesundheitsministeriums sowie fünf Notunterkünfte, in denen mehr als 5000 Menschen untergebracht sind.

Ich fordere Israel nachdrücklich auf, diesen Befehl zurückzunehmen und den Schutz aller Gesundheitseinrichtungen, des medizinischen Personals, der Patient*innen und der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.“



Nach einem Luftangriff in Bachoura, Beirut am 18. März 2026, Quelle: Wikipedia

Deutsch-französisches Rüstungsprojekt FCAS: Scheitern ohne Ende

German Foreign Policy



Modell des FCAS NGF bei der Pariser Luftfahrtschau (2019) - Quelle: Wikipedia

Berlin und Paris zögern das schon sicher geglaubte Scheitern ihres Kampfjetprojekts **Future Combat Air System (FCAS)** weiter hinaus.

Seit dem Start des Projekts im Jahr 2017 war das FCAS von Verzögerungen geprägt, die unter anderem auf Differenzen hinsichtlich der Aufteilung der Arbeiten, der Technologien und des Profits zurückzuführen waren.

Ein Eingeständnis des Scheiterns wäre ein schwerer Schlag für die Bestrebungen der europäischen Mächte, militärisch ohne die Vereinigten Staaten handlungsfähig zu werden. Es wird daher verschoben.

Erneut verzögert

Die Verteidigungsministerien Deutschlands und Frankreichs sollen nun erneut nach Optionen suchen, das FCAS-Programm zu retten.^[1] Die Entscheidung dazu wurde von Bundeskanzler Friedrich Merz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron bei einem Treffen am Rande des EU-Gipfels auf Zypern getroffen.

Laut einem Sprecher der Bundesregierung wurden die Verteidigungsministerien beider Länder beauftragt, „an verschiedenen Strängen der Kooperation weiterzuarbeiten und nächste Schritte zu vereinbaren“. Der Sprecher fügte hinzu: „Diese Arbeit wird in den nächsten Wochen abgeschlossen werden.“ Kaum eine Woche zuvor war von zahlreichen Medien gemeldet worden, ein „letzter“ Vermittlungsversuch sei endgültig gescheitert.^[2]

„In die eigene Hand nehmen“

Initiiert wurde das FCAS 2017 – in einem Jahr, das als Wendepunkt in der Militärpolitik der EU gilt. Angesichts der Zweifel nach dem ersten Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump, ob die USA ihren NATO-Verpflichtungen wei-

terhin nachkommen würden, sprachen sich Frankreich und Deutschland für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in militärischen Fragen aus.

„Die Zeit, in der wir uns voll und ganz auf andere verlassen konnten, ist in gewisser Weise vorbei“, erklärte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai 2017 und fügte hinzu: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich selbst in die Hand nehmen.“^[3]

Wenig später, im Juni 2017, bekundete Merkel ihre Unterstützung für die Forderung von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, eine gemeinsame, einsatzbereite EU-Streitmacht aufzustellen.^[4] Darüber hinaus einigten sich Merkel und Macron auf der 19. Sitzung des Deutsch-Französischen Ministerrats im Juli 2017 im Élysée-Palast nicht zuletzt darauf, eine „neue Generation“ europäischer Kampfjets zu entwickeln – das FCAS.^[5]

Deutsch-französische Probleme

Das FCAS war damals eines von sechs Rüstungsprojekten, bei denen beide Seiten eine enge Zusammenarbeit verabredeten. Im April 2018 unterzeichneten sie eine Absichtserklärung zur gemeinsamen Entwicklung eines deutsch-französischen Seefernaufklärers, des **Maritime Airborne Warfare System (MAWS)**.^[6] Mit der Entscheidung Deutschlands vom Juni 2021, stattdessen den Seefernaufklärer P-8A Poseidon zu beschaffen, der vom US-Konzern Boeing hergestellt wird, wurde das Vorhaben jedoch faktisch aufgegeben.

Ein weiteres Projekt, die **Eurodrohne**, mit der Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien das ehrgeizige Ziel verfolgten, das weltweit fort-

schrittlichste unbemannte Flugsystem (UAS) zu liefern, hat mit stetigen Verzögerungen zu kämpfen; jüngst wurde berichtet, Frankreich verhandle über die Bedingungen für einen Ausstieg.^[7]

Bereits 2023 hatte sich Deutschland aus einem vierten Gemeinschaftsprojekt mit Frankreich und Spanien zu-

rückgezogen – aus der gemeinsamen Modernisierung des **Kampfhubschraubers Tiger**.^[8]

Ein fünftes deutsch-französisches Vorhaben, das **Common Indirect Fire System (CIFS)**, das auf die gemeinsame Entwicklung von Artilleriesystemen abzielte, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben; eine Realisierung wird nicht vor 2045 erwartet – wenn überhaupt.

System der Systeme

Schließlich hatten sich beide Seiten bereits 2017 auf die gemeinsame Entwicklung eines Kampfpanzers geeinigt, der den deutschen Leopard 2 und den französischen Leclerc ablösen sollte. Das Projekt mit dem Namen **Main Ground Combat System (MGCS)** zielte darauf ab, ein KI-gestütztes „System der Systeme“ der nächsten Generation zu entwickeln, das verschiedene Kampfsysteme – darunter bemannte und unbemannte Fahrzeuge, Drohnen und andere fortschrittliche Technologien – in einem einzigen Netzwerk vereinen sollte.^[9]

Ähnlich wie alle anderen Projekte steht jedoch auch das MGCS vor einer ungewissen Zukunft. Anfang des Jahres machte Macron den Fortgang des Vorhabens vom Erfolg des FCAS-Programms abhängig.^[10] Die Unsicherheiten rund um das MGCS rühren zu einem guten Teil von Deutschlands Fähigkeit her, eigenständig einen neuen Kampfpanzer zu entwickeln. Bereits im Dezember vergangenen Jahres genehmigte das Bundeskartellamt den Plan der Rüstungsfirmen KNDS Deutschland und Rheinmetall, gemeinsam einen neuen Kampfpanzer zu entwickeln, der den Projektnamen Leopard 3 trägt.^[11]

Er gilt offiziell als Übergangslösung bis 2045; das Jahr wird als möglicher Termin für die Auslieferung des MGCS genannt. Allerdings könnte die nationale Weiterentwicklung des Leopard 2 das MGCS letztlich auch komplett überflüssig machen.

Zwei Doktrinen

Der Konflikt um das FCAS, der das Projekt praktisch von Anfang an begleitet, rührt – abgesehen von Differenzen hinsichtlich der technischen Führungsrolle bei dem Programm sowie hinsichtlich der Aufteilung der Projektverantwortlichkeiten – auch von zwei unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen der beiden Länder her.

Deutschland verfolgt einen strategischen Ansatz, der stark von Fragen der Interoperabilität bzw. der Integration in die NATO-Strukturen sowie der Kompatibilität mit US-Systemen geleitet wird.^[12] Frankreich hingegen verfolgt eine unabhängigere strategische Ausrichtung, die auf die Fähigkeit zielt, militärisch komplett unabhängig von den USA zu operieren.

Für Paris ist das FCAS zudem die künftige Luftplattform für seine Atomwaffen;

darüber hinaus will es den Jet von seinen Flugzeugträgern aus starten und auf ihnen landen können.

Nicht zuletzt betrifft der Streit auch die Frage des Exports des FCAS in Drittländer; dieser gilt als wichtiges Mittel zur Deckung der immensen Kosten des Programms.^[13] Deutschland weigerte sich ab 2018, den Export von Waffen – und damit absehbar auch des FCAS – etwa nach Saudi-Arabien zu genehmigen.^[14]

Erst im Jahr 2024 hob Berlin das gegen Riad verhängte Waffenexportverbot auf, als es die Ausfuhr von 150 IRIS-T-Lenkflugkörpern in das Land genehmigte.

Nationale Interessen

Das FCAS-Programm wurde von Anfang an als „Lackmustest dafür angesehen, inwieweit Europa in der Lage ist, in der Sicherheitspolitik zusammenzuarbeiten, eigene Fähigkeiten zu entwickeln und zu diesem Zweck nationale Interessen zurückzustellen“, wie bereits 2020 die Berliner Denkfabrik Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) festhielt.^[15] Sein Scheitern würde die „Zerbrechlichkeit der europä-

ischen Verteidigungskooperation“ offenlegen, warnte kürzlich der US-Think Tank Carnegie Endowment.^[16]

Weiter hieß es dort, ohnehin stecke auch die gesamte „Verteidigungsplanung auf EU-Ebene noch in den Kinderschuhen“. Zugleich könnte ein Scheitern des FCAS-Programms einen kostenintensiven Rüstungswettlauf in Europa auslösen, der zu konkurrierenden Kampfflugzeugprogrammen ohne einen angemessenen Markt führen würde, heißt es.^[17]

Die Äußerung zielt auf das britisch-italienisch-japanische Konkurrenzprojekt GCAP und auf Überlegungen in Berlin, einen Kampfjet der sechsten Generation statt mit Frankreich gemeinsam mit Schweden zu bauen. Dies würde nicht nur die Entwicklungs-, sondern auch die Wartungs- und Betriebskosten in die Höhe treiben – und die Durchführung gemeinsamer Einsätze behindern. Damit stünde aufgrund der andauernden Streitigkeiten zwischen den europäischen Mächten das Erreichen des gemeinsamen Ziels in Frage.

Europas Mittelstreckenwaffen

Nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, keine Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, werden in Berlin Forderungen nach einer beschleunigten Entwicklung eigener Flugkörper mit einer Reichweite bis nach Moskau laut.

US-Teilabzug geplant

Insgesamt sind zur Zeit mehr als 36.000 US-Militärs in der Bundesrepublik stationiert; damit ist das Land der größte US-Militärstandort in Europa und der zweitgrößte weltweit nach Japan (55.000) und vor Südkorea (28.500).

Insgesamt sind in Europa etwas mehr als 85.000 US-Soldaten präsent, davon mehr als 12.500 in Italien und gut 10.000 in Großbritannien. Im Dezember hat der Kongress in Washington gesetzlich festgelegt, dass die Zahl der dauerhaft in Europa stationierten US-Militärs 76.000 nicht länger als 45 Tage unterschreiten darf.

Abweichungen davon müssen vom US-Kriegsminister und vom Oberkommandierenden der US-Streitkräfte

in Europa umfassend gegenüber dem US-Kongress begründet werden.

Beobachter vermuten nun, konkret sei der Abzug einer kompletten US-Kampfbrigade geplant, die US-Präsident Joe Biden in Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine zu rotierenden Manövern nach Deutschland entsandt hatte. Darüber hinaus will Trump die eigentlich noch für dieses Jahr vorgesehene Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen, darunter Tomahawk-Marschflugkörper, in der Bundesrepublik ersatzlos absagen.

„Kommandozentralen ausschalten“

In Berlin löst vor allem Trumps Ankündigung Unruhe aus, die im Jahr 2024 vereinbarte Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik abzusagen. Ursprünglich war die Stationierung solcher Waffen, darunter Tomahawk-Marschflugkörper, geplant worden, um Russland militärisch unter Druck zu setzen. Offiziell sollte es sich dabei um eine Übergangslösung für mehrere Jahre handeln, bis Deutschland sowie weitere Staaten Europas eigene Mittelstre-

ckenwaffen mit der gewünschten Reichweite – bis Moskau – entwickelt hätten. Nun fällt diese Übergangslösung mutmaßlich aus.

Dies wiege recht schwer, urteilte am Wochenende Nico Lange, bis 2022 Leiter des Leitungsstabs im Verteidigungsministerium und heute für mehrere einflussreiche Denkfabriken tätig: Man habe gegen „Raketen aus Kaliningrad, die uns bedrohen“, eine „Gegenbedrohung“ gesucht; die habe man letztlich „aus Amerika bekommen“ wollen, bekomme sie „jetzt aber nicht“.

Die Mittelstreckenwaffen seien als „zentrale[s] Element“ der Aufrüstung gegen Russland eingestuft worden, mit dem es möglich geworden wäre, russische „Kommandozentralen auszuschalten“, wird Christian Mölling zitiert, Ex-Forschungsvizedirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), der aktuell die neue Denkfabrik Edina (European defence in a new age) aufbaut. Würden sie nicht stationiert, befände man sich „in einer ziemlich schwierigen Situation“.

Quelle: German Foreign Policy (4.5.26)

Gegenkonversion: Reaktivierung von Kasernen statt Wohnungen



Screenshot aus Video mit leer stehenden Unterkunftsgebäuden der Coleman-Barracks in Mannheim

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) veröffentlichte am 25.3.2026 mit dem Titel „Kasernen statt Wohnungen“ mehrere Beiträge mit eigenen Recherchen über 200 alte Militärgrundstücke in Deutschland, die für die Bundeswehr reaktiviert werden sollen. Dieser Stopp von Plänen zur zivilen Nutzung wurde bereits im Herbst letzten Jahres von Boris Pistorius veranlasst. Das RND zitiert dazu aus einem Brief von Pistorius an eine Linken-Abgeordnete, worin es heißt:

„Soweit sich wegen der Bedarfe der Bundeswehr städtebauliche Überlegungen und planerische Anstrengungen der Städte und Gemeinden im Rahmen der Konversion einzelner Areale nun vorerst nicht mehr realisieren lassen, gibt es für Entschädigungsleistungen keinen rechtlichen Anspruch.“

Die daraus sich ergebenden Konsequenzen sind vielfältig.

Nach RND-Recherchen haben Städte und Gemeinden bundesweit mindestens zwölf Millionen Euro in durch die Bundeswehr gestoppte Pläne investiert, mit denen Ex-Militärareale für eine zivile Nutzung umgewandelt werden sollten.

Diese Kommunen müssen nicht nur ihre Kosten abschreiben, sondern verlieren auch längst geplante Wohnviertel, Schulgebäude oder Gewerbegebiete. Nicht nur die Kostenbelastung für die ohnehin dramatisch unterfinanzierten Kommunen ist hierbei das Problem, sondern die fehlende Planungssicherheit, die zur Erschließung neuer Baugebiete notwendig ist. Denn ob die Bundeswehr die Grundstücke tatsächlich zurück fordert bzw. benötigt, ist derzeit zumeist noch völlig offen.

Insbesondere für den Wohnungsbau ist dieses eine Katastrophe, da diese Investitionssperre zu einem Zeitpunkt er-

folgt, wo der Umbau neu gebauter Wohnungen sinkt, trotz dramatisch wachsender Wohnungsnot.

Beispielhafte Standorte

Betroffene Standorte sind u.a.:

Cuxhaven, Aurich, Wilhelmshaven, Berlin (Flughafen Tegel), Strausberg, Celle, Bielefeld, Gütersloh, Paderborn, Krefeld, Düsseldorf, Siegen, Koblenz, Kaiserslautern, Heidelberg, Ellwangen, Bamberg, Regensburg, Fürstenfeldbruck, Sonthofen.

In Heidelberg soll im ehemaligen Patrick Henry Village ein neuer Stadtteil mit Wohn- und Gewerbeflächen entstehen. Unsicher ist jetzt, welcher Anteil der vorgesehenen Fläche für die Bundeswehr abgezweigt werden soll.

In Mannheim erfolgte nach dem Abzug des US-Militärs an den über das Stadtgebiet verteilten Standorten ein umfassender Konversionsprozess mit Bürgerbeteiligung. Die Rückgabe des mit Abstand größten Areals, der Coleman-Barracks, wurde allerdings 2015 gestoppt für die Einrichtung eines Instandhaltungszentrums der US Army.

US-Militär blockiert freigewordene Flächen

Es geht deshalb nicht nur um den wachsenden Platzbedarf für die Bundeswehr auf derzeit nicht mehr genutzten Liegenschaften. Das US-Militär hat in den letzten Jahrzehnten die meisten Standorte im süddeutschen Raum aufgegeben und sich gleichzeitig auf wenige Standorte stärker konzentriert. Dieses sind vor allem der Großraum Kaiserslautern mit Ramstein und Wiesbaden (nach dem Abzug aus Heidelberg und Mannheim).

Besonders gravierend ist dabei, dass in Kaiserslautern durchaus einige Flächen der US Army ungenutzt sind, aber als Reserve beibehalten werden. Selbst eine kleine Fläche aus dem weitläufigen Areal der US Army, wo die Kommune bereits in eine zivile Nachnutzung investiert hat, soll jetzt für die Bundeswehr bereitgestellt werden.

Gegen Umweltverträglichkeit und Gemeinwohlorientierung

In der Großregion Kaiserslautern ist die Problematik besonders gravierend, da einem angemeldeten Bedarf von 160 ha Gewerbeflächen die militärische Belegung von 3000 ha durch das US-Militär gegenüber steht. Auch die nach dem Umzug des US-Hospitals in Landstuhl in das im nächsten Jahr fertig gestellte neue US-Hospital in direkter Nähe der Air Base Ramstein freiwerdende Fläche wird nicht freigegeben.

Neue Wohn- und Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ zu errichten, ist jedoch ein sehr langwieriger Prozess, da die Umweltverträglichkeit in regionalen Flächennutzungsplänen auf längere Zeit festgeschrieben ist. Ausnahmeregelungen gibt es aber durchaus. So wie z.B. die Rodung eines Waldstückes von 90 ha im Naturschutzgebiet direkt an der Air Base Ramstein für den Bau des neuen US-Hospitals und eines komplexen Zufahrtskontrollsystems. Dieses erfolgte bereits 2012 – das US-Hospital geht im nächsten Jahr in Betrieb.

Während für Kommunen die genannten Probleme dramatisch sind, gilt dieses nicht für die Landespolitik. So heißt es in dem jüngst verabschiedeten Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für den Landtag Rheinland-Pfalz:

„Die Bundeswehr genießt unsere vollumfängliche Unterstützung, auch bei der Reaktivierung von Liegenschaften und stillgelegten Kasernen – wie etwa in Kusel. Die Umsetzung des Operationsplans Deutschland begleiten und unterstützen wir aktiv, unter anderem durch die Stärkung logistischer Drehscheiben und resilienter Infrastruktur.“

Und bezüglich der US-Militärpräsenz in Rheinland-Pfalz:

„Die US-Stationierungstreitkräfte sind für unser Land von herausragender nicht nur sicherheitspolitischer, sondern auch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. [...] Gemeinsam mit den Stationierungsgemeinden setzen wir uns für gute Standortbedingungen ein.“

Karl-Heinz Peil

Keine Mittelstreckenwaffen - nirgends!

Aufrufertext zu den Demos am 30.5.2026 in Wiesbaden und Grafenwöhr

Auszug aus dem Aufruf:

[...] Zusätzlich entwickelt die Bundesregierung im ELSA-Projekt mit anderen europäischen Staaten eigene Mittelstreckenwaffen und hat bei den USA weitreichende Tomahawk-Marschflugkörper und dafür geeignete Typhon-Startsysteme bestellt. Ein deutsch-britisches Startup hat vor Kurzem erstmals eine Hyperschallrakete getestet. Diese Aufrüstungsmaßnahmen verstärken die militärischen Spannungen und führen zu einem gefährlichen Wettrüsten.

Wir fordern:

- > Die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu unterbinden
- > Das US-Raketenbefehlskommando in Mainz-Kastel ersatzlos abzuziehen



- > Das Projekt zur Entwicklung eigener europäischer Mittelstreckenwaffen (ELSA) zu stoppen und keine eigenen Hyperschallraketen zu entwickeln
- > Keine Tomahawk-Marschflugkörper und Abschussrampen von den USA zu erwerben
- > Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu führen, um ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag, der von 1988 bis 2019 Mittelstreckenraketen in Europa verboten hat, und dadurch auch einen Abzug russischer Mittelstreckenwaffen wie der „Oreshnik“ zu erreichen

scher Mittelstreckenwaffen wie der „Oreshnik“ zu erreichen

- > Die allgemeine gesellschaftliche Militarisierung und die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs zu stoppen
- > Kriege und Konflikte diplomatisch statt militärisch zu lösen
- > Weltweit für eine sichere und friedliche Zukunft einzutreten und dabei auch mit den Staaten zusammenzuarbeiten, zu denen westliche Länder in machtpolitischer und/oder wirtschaftlicher Konkurrenz stehen. [...]

Stellungnahme vom 3.5.26:

US-Nein zur Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen - das Konzept der Multi Domain Task Forces ist nicht vom Tisch

Zu den emotionalen Ankündigungen von US-Präsident Donald Trump, die Truppenstärke der US-Army in Deutschland zu reduzieren und die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Grafenwöhr zurückzunehmen, erklären die Mitinitiatoren des Berliner Appells „Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland!“ **Reiner Braun**, Vorstand des Internationalen Friedensbüros, **Michael Müller**, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands und **Willi van Ooyen**, Friedens- und Zukunftswerkstatt:

Wir begrüßen dass die Stationierung der SM 6-Raketen, Tomahawk-Marschflugkörper und der Hyperschallraketen Dark Eagle gestoppt wird. Es ist auch ein Erfolg der vielfältigen Protestaktionen besonders der über 90.000 Unterschriften unter den Berliner Appell. [...]

Wir warnen davor zu glauben, dass mit den Ankündigungen von Trump die Frage der Mittelstreckenraketen vom Tisch sei. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Grafenwöhr unter dem Kommando der „US-Army Europe and Africa“ ist nämlich Teil der Neuordnung der amerikanischen Streitkräfte. Dazu wurde das Konzept der **Multi-Domain Operations** gegen die angeblich „von Russland und China ausgehende Bedrohung der nationalen

Sicherheit der USA“ entwickelt, wie in der Nationalen Sicherheitsstrategie 2025 zu lesen ist.

Die USA wollen, um ihre militärische Dominanz zu bewahren, neue Einsatzkonzepte, Waffensysteme, Technologien und Einheiten umsetzen. Die **Multi Domain Task Forces** ist das „organisatorische Herzstück“ dieser Neuordnung. Die MDTF bündeln die Fähigkeiten der militärischen Domänen – Land, Luft, See, Cyber und Weltraum – zu einem integrierten Operationsansatz, der auf digitaler Vernetzung, künstlicher Intelligenz und präzisionsgelenkten Waffen aufbaut. Derzeit handelt es sich um fünf geplante oder schon eingerichteter MDTFs. [...]

(komplette Stellungnahme siehe www.friedenschaffen.net)

Friedenskonferenz Südwest

Tagesveranstaltung am 5.7.2026:

Globale Umbrüche, Repression, Gegenstrategien und regionale Vernetzung

In vielen örtlichen Friedensinitiativen besteht der Bedarf nach eingehender Analyse zur Militarisierung in Deutschland und dem globalen Kriegsgeschehen. Uns verbinden die Fragen: Was können wir tun?

Welche Impulse für Vernetzung können wir bei einer regionalen Friedenskonferenz auf den Weg bringen?

Termin: Sonntag, den 5. Juli 2026 von 12 bis 18 Uhr

Ort: Karlsruhe, großer Saal im Akropolis-Ziegler Restaurant, mit ÖPNV sehr gut zu erreichen

Block 1: **Geopolitische Analyse**
Referent: Peter Wahl

Block 2: **Gesellschaftliche Formierung, Meinungsmanipulation, kognitive Kriegsführung und Repression**

Referentinnen: Ninon Colneric (juristische Einordnung) und Renate Dillmann (politische Einordnung)

Block 3: **Vernetzung**

Podiumsdiskussion

Weitere Infos und erbetene Anmeldung:
<https://friedensvernetzung-suedwest.de>

„Sag mir wo die Blumen sind“

Kulturbörse für die Friedensbewegung

Liebe Friedensfreund*innen,

Musik, Bildende Kunst, Film, Theater oder Kabarett und Comedy....

Schon immer haben Künstler*innen in ihren Liedern, Kompositionen, Texten oder Kunstwerken dem Wunsch nach Frieden Ausdruck verliehen. In Käthe Kollwitz beeindruckender Kunst manifestierte sich die bis heute gültige Lösung der Weimarer Friedensbewegung „Nie wieder Krieg“. Und in der Hochzeit der bundesdeutschen Friedensbewegung standen Rockmusiker wie BAP, Tote Hosen oder Udo Lindenberg an unserer Seite.

Heute hat die Friedensleidenschaft leider auch in der Kulturszene stark abgenommen. Trotz einer kriegerischen Gegenwart wird der alten Friedenshoffnung weniger künstlerische Gestalt als noch vor wenigen Jahren gegeben. Verunsicherungen durch einen unversöhnlich geführten gesellschaftlichen Diskurs über die Kriege in der Ukraine und dem Nahen Osten, der kaum Raum für eigenständiges, gar unorthodoxes Denken bietet, die Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung, der Zweifel an alten Überzeugungen oder eine Anpassung an den gesellschaftlichen Zeitgeist und seiner Kriegsmoralisierung – die Gründe für den Rückgang des friedenspolitischen Engagements in der Kulturszene sind vielfältig.

Aber verschwunden ist er nicht. Es gibt sie noch – die Stimmen für den Frieden. Seien es die Statements des Schauspielers und Kabarettisten Dieter Haller-

<https://kultur.friedenschaffen.net>



vorden, die Songs von Julia Neigel und Dirk Zöllner, die mit der Friedensbewegung eng verbunden sind, oder die Theaterprogramme von Lisa Wildmann. Und viele fühlen sich von den oft kleinlichen Streitigkeiten innerhalb der Friedensbewegung abgestoßen, unterstützen aber einzelne Friedensinitiativen wie Peter Maffay oder rufen seit jeher „einzeln und frei“ in ihren Werken zu Frieden auf wie Reinhard Mey.

Was fehlt ist eine Plattform, die diese Vielfalt sichtbar und greifbar macht. Eine Plattform, die Kulturprojekte für den Frieden aus dem Dunkeln und ihrer Vereinzelung hervorholt. Eine Plattform, die Kultur und Friedensbewegung miteinander vernetzen will und Künstler*innen vorstellt, die für Aktionen, Demonstrationen oder Friedenstreffen angesprochen werden können. Und eine Plattform, die darüber hinaus unserer Selbstvergewisserung dient, wenn sie vielfältige Künstler*innenprojekte und -aktionen aus der Geschichte der Friedensbewegung präsentiert, die uns begleitet haben, die uns stolz gemacht haben.

Deshalb stellen wir unsere neue Kulturbörse hier vor mit dem Titel des von Peter Seeger 1955 verfassten Antikriegsliedes „Where Have All the Flowers Gone“, das in der deutschen Interpretation mit Marlene Dietrich 1962 international populär wurde.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Kulturbörse einen weiteren Mosaikstein gefunden haben, aus denen sich das Bild einer breiten gesellschaftlichen Friedensbewegung zusammensetzt. Die Kulturbörse ist ein offenes und niemals abgeschlossenes Projekt „in progress“. Sie ist deshalb auf Eure Mitarbeit, Eure Ideen, Anregungen und Kritik angewiesen.

Wir freuen uns auf Eure Vorschläge und Zuschriften.

Euer Redaktionsteam

Homepage abrufbar unter:

<https://kultur.friedenschaffen.net>

Kontakt an das Redaktionsteam:

redaktion-kultur@friedenschaffen.net
(Stephan Gorol, Kathrin Otte, Karl-Heinz Peil)

Rubriken des Kulturportals u.a.:

Vorgestelltes:

Interessante Künstler*innen, Alben, Veröffentlichungen und Kulturprojekte

Angebotenes:

Musik, Theater / Lesungen, Kabarett / Comedy, Kunstprojekte

Gefundenes:

Fundgrube mit Themen, Beispielen oder Verweisen aus der Kulturszene, die für die Friedensbewegung von Bedeutung sein können

Klassisches:

Künstlerpräsentationen aus der über 100-jährigen Geschichte der Friedensbewegung

Bewegendes:

Terminkalender, der wichtige Veranstaltungen, Demonstrationen, Konferenzen etc. der Friedensbewegung mit Kultur- und Künstlerbezug auflistet

Foto: Großkonzert „Künstler für den Frieden“ am 11.9.1982 in Bochum

Übergreifend zu Rubriken:

Musiktitel (GEMA-frei) zum Abspielen und Herunterladen

Video-Links (Mitschnitte und Clips)



Deutschland: Wirtschaftlicher Abstieg und militärischer Aufstieg?

Seite 3 und 4

Vollständiger Redetext der Ostermarschrede Peter Wahl:

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2026/reden/peter-wahl-heidelberg>

Gemeinsame Interessen und gegenseitige Abhängigkeit von Israel und USA

Seite 5

Buchveröffentlichung:

<https://mediashop.at/buecher/anatomie-der-us-hegemonie/>

Kriegsführung in Westasien: In göttlicher Mission

Seite 6 bis 8

Quelle der vollständigen Fassung: Overton-Magazin vom 8.4.26:

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/trump-und-netanjahu-zwei-verrueckte-die-gott-spielen/>

Sechs unverhandelbare Forderungen

Seite 9

<https://afsaneyebahar.com/2026/04/11/20706781/>

Warum der Iran den Krieg bereits gewonnen hat

Seite 10

<https://forumgeopolitica.com/de/artikel/warum-hat-der-iran-den-krieg-bereits-gewonnen>

Iran: Der Feind, den sich der Westen selbst geschaffen hat

Seite 11

<https://forumgeopolitica.com/de/artikel/iran-der-feind-den-sich-der-westen-selbst-geschaffen-hat>

Ein aktueller Bericht aus dem Libanon – Israel bombt noch immer ...

Seite 12 und 13

<https://globalbridge.ch/ein-aktueller-bericht-aus-dem-libanon-israel-bombt-noch-immer/>

Situation in Gaza: Terror gegen die Bevölkerung geht weiter

Seite 14 und 15

Diverse Quellen aus <https://www.ochaopt.org/>

Deutsch-französisches Rüstungsprojekt FCAS: Scheitern ohne Ende

Seite 16 und 17

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10380>

Fußnoten:

[1] Hängepartie bei Kampfjet-Projekt FCAS geht weiter. handelsblatt.com 24.04.2026.

[2] Sabine Siebold, Andreas Rinke: Mediation fails in dispute over Franco-German fighter jet, Handelsblatt says. reuter.com 18.04.2026.

[3] Paul Taylor: Merkel's thunderbolt is starting gun for European defense drive. politico.eu 30.05.2017.

[4] Jakob Hanke Vela: Merkel endorses Macron's EU military plan. politico.eu 03.06.2018.

[5] Claire Rush: Macron and Merkel put defence at heart of Paris-Berlin alliance. rfi.fr 14.07.2017.

[6] Dorothee Frank: Das Ende des deutsch-französischen Seefernaufklärers MAWS. defence-network.com 13.02.2025.

[7] France is negotiating its withdrawal from the Eurodrone program. aviation.direct 16.02.2026.

[8] S. dazu Einsatzgebiet Nordatlantik.

[9] Lars Hoffmann: Deutschland auf Abbruch von MGCS vorbereitet. hartpunkt.de 26.02.2026.

[10] Jürgen Fischer: Paris erhöht den Druck: Future Combat Air System vor dem Aus. esut.de 24.02.2026.

[11] Rheinmetall and KNDS are Allowed to Develop a new Battle Tank. aerospace-and-defence.com 17.12.2025.

[12] Marco Seliger: Die Zukunft des Luftkriegs. nzz.ch 21.04.2026.

[13] S. dazu Noch immer kein Take-off.

[14] Peter Hille: Germany makes U-turn on weapons deliveries to Saudi Arabia. dw.com 01.10.2024.

[15] Dominic Vogel: Future Combat Air System: Too Big to Fail. SWP-Aktuell Nr. 98. Berlin, Dezember 2020.

[16] Rym Momtaz: Taking the Pulse: Can European Defense Survive the Death of FCAS?. carnegieendowment.org 26.02.2026.

[17] Frank Specht: Europapolitisch ein fatales Signal. handelsblatt.com 21.04.2026.

Europas Mittelstreckenwaffen

Seite 17

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10390>

Europas Mittelstreckenwaffen

Seite 19

Aufruf 30.5.2026: <https://friedensfaehig.de/demos-in-grafenwoehr-und-wiesbaden-keine-mittelstreckenwaffen-nirgends/>

Stellungnahme vom 3.5.2026:

<https://friedenschaffen.net/2026/05/stationierung-mittelstreckenwaffen/>